

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.00 M. monatlich 1.10 M.
Wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehobene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
vollständige und gemeinnützige Berichts-
und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 10. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kriegsarbeit des Preussischen Landtags.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. Februar. (W. T. V.) Amtlich wurde um
3 Uhr nachmittags mitgeteilt: Zwischen dem Meer und
der Dife Artilleriekampf, besonders heftig in der Gegend
von Guinchy, westlich von La Bassée. Südwestlich
Caranch gelang uns ein Handstreich gegen einen deutschen
Schützengraben, welcher durch eine Mine zerstört wurde, und
dessen Verteidiger getötet oder gefangen wurden. Andererseits
front in der Champagne Geschützkampf mit Unterbrechungen.
Die Wirksamkeit unseres Feuers war an mehreren Stellen
festzustellen. Westlich der Höhe 191, nördlich von Massiges,
verhinderten unsere Batterien einen Angriffsvorstoß. In den
Argonnen wurde ein feindlicher Angriff bei Fontaine Madame
abgewiesen. In Bagatelle wurde am Vormittag ein
heftiger Infanteriekampf von den Deutschen eingeleitet; den
letzten Nachrichten zufolge behaupten wir alle unsere
Stellungen. Von den übrigen Teilen der Front ist nichts
zu melden. — Die Meldung des deutschen amtlichen Tages-
berichts, daß die Deutschen einen französischen Schützengraben
südöstlich von Ypern erobert hätten, wird amtlich in
Abrede gestellt.

Paris, 9. Februar. (W. T. V.) Gestern Abend 11 Uhr
wurde amtlich mitgeteilt: In der Nacht vom 6. und
7. d. Mts. brachte der Feind drei Minenherde in La
Voiselle vor den von uns besetzten Häusern zur Explosion.
Zweieinhalb Kompagnien wurden zum Sturm gegen unsere
Stellungen vorgeworfen, konnten jedoch nicht über die durch die
Explosion gebildeten Erdtrichter hinausgelangen. Am Nach-
mittag des 7. d. Mts. vertrieb ein Gegenangriff, welcher
von einer unserer Kompagnien ausgeführt wurde, den Feind
aus den Trichtern, welche wir sofort einrichteten. Die
Deutschen ließen 200 Tote auf dem Gelände. Nördlich
Le Menil les Hurles eroberten wir in der Nacht vom
7. zum 8. Februar ein Gehölz, wo der Feind sich stark ver-
schänkt hatte. In den Argonnen dauerte die bei
Bagatelle eingeleitete Aktion die ganze Nacht vom 7. bis
8. d. Mts. an. Den Deutschen gelang es zuerst vor-
zurücken, aber bei Tagesanbruch am 8. d. Mts. hielten sie
nur einige wenige Stücke unserer weiter vorgeschobenen Linie
besetzt, um welche der Kampf tagsüber fortandauerte.

Die englischen Verluste.

London, 8. Februar. (W. T. V.) Premierminister
Asquith hat dem Unterhause mitgeteilt, daß die Verluste
aller Rangklassen der englischen Armee auf dem
westlichen Kriegsschauplatz bis zum 4. Februar
ungefähr 104 000 Mann betragen hätten.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Wiederaufnahme der deutschen Offensive gegen Warschau?

London, 8. Februar. (E. U.) Nach den letzten hier vorliegenden
Depeschen der Korrespondenten großer Londoner Blätter in Warschau
soll deutscherseits ein neuer heftiger Vorstoß gegen die die Stadt
Warschau schützenden russischen Stellungen unternommen worden
sein. Der Kampf ist augenblicklich im Gange, man kann vom Reich-
sbild Warschaus aus bei klarem Wetter und günstigem Winde deut-
lich den Donner der Kanonen vernehmen. Die russischen Berichte
schweigen sich vorläufig noch über den Stand der Kämpfe aus, doch
werden fortwährend neue Truppen aus den bei Warschau liegenden
Reserven nach der Front geschickt. Auffallend ist die große Zahl
von Kavallerieregimentern, die Warschau in westlicher Richtung
durchziehen, während bisher diese Waffe auf dem Gelände vor der
Stadt nur sehr beschränkte Verwendung gefunden hatte. Der Kampf
scheint sich äußerst blutig zu gestalten, denn bei Tag und Nacht
werden immer neue Verwundetentransporte, in die bereits völlig
überfüllten Lazarette eingeliefert. Mehrfach sind in den letzten
Tagen deutsche Flieger über Warschau bemerkt worden, die sich
jedoch in sehr großer Höhe hielten und sich darauf beschränkten,
Proklamationen in russischer und polnischer Sprache herunter zu
werfen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
9. Februar 1915. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es ist nichts Wesentliches zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der ostpreussischen Grenze wurden
wiederum einige kleinere örtliche Erfolge er-
rungen, sonst Lage unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. Februar 1915. (W. T. V.) Amtlich wird
verlautbart: 9. Februar 1915, mittags:

In Polen und Westgalizien keine Veränderung;
Geschützkampf.

Im Waldgebirge gelang es gestern nachmittags den
verbündeten Truppen, einen von den Russen hartnäckig ver-
teidigten Ort nördlich des Sattels von Solovec nach mehr-
tägigen Kämpfen zu nehmen. Zahlreiche Gefangene wurden
gemacht, viel Munition und Kriegsmaterial erbeutet.

An der übrigen Karpathenfront heftige Kämpfe. Im
westlichen Abschnitt schreiteten mehrere russische Angriffe,
wobei dreihundertvierzig Gefangene und drei Maschinen-
gewehre in unsere Hände fielen.

Die Verrückung in der Bukowina schreitet fort.
Bama wurde von uns besetzt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Der Seekrieg.

Die Benützung der neutralen Flagge.

New York, 9. Februar. (W. T. V.) Der Washingtoner
Korrespondent der „Associated Press“ meldet: Obwohl die
Regierung noch keinen Bericht über die Benützung der
amerikanischen Flagge durch die „Lusitania“
erhalten hat, wird in amtlichen Kreisen geäußert, daß
der Fall eine Grundlage abgeben könnte, um die ganze Frage
der Benützung neutraler Flaggen durch Handelschiffe krieg-
führender Mächte aus Anlaß der deutschen Erklärung zu er-
örtern. Die amerikanischen Gesetze enthalten keine Vorschrift,
die den Mißbrauch der amerikanischen Flagge durch aus-
ländische Schiffe verbietet. Es war jedoch durchweg üblich,
daß die Regierung die Konsuln anwies, ausführlich über solche
Vorkommnisse zu berichten.

Kopenhagen, 9. Februar. (W. T. V.) „Politiken“ schreibt in
einem Leitartikel: England behauptet, daß der Gebrauch einer
neutralen Flagge eine feilschende Praxis als Kriegsschiff sei. Man
kann nicht leugnen, daß in früheren Zeiten kriegsführende Mächte
gelegentlich dieses Mittel nicht nur bei Handelschiffen, sondern sogar
bei Kriegsschiffen angewandt haben, um dadurch der Verfolgung zu
entgehen. Die Frage ist aber, ob eine derartige Praxis nicht soweit
zurückliegt, daß man sie als veraltet betrachten muß. Die Be-
dingungen sowohl der Seefahrt als auch des Seekriegs waren in ver-
schwundenen Zeiten ganz anders als jetzt. Was im 17. und 18. Jahr-
hundert allenfalls als Kriegsschiff gegolten hätte und damals keine
siblen Prägung zu haben brauchte, kann im 20. Jahrhundert außer-
ordentlich ungeschickte, zerstörende Wirkungen auslösen. Das Aus-
wärtige Amt betont, daß der Gebrauch einer neutralen
Flagge keine andere Wirkung haben kann, als daß der
Feind gezwungen werde, vorkommende Schiffe als neutrale
zu behandeln und Untersuchungen anzustellen, bevor die
Beschlagnahme stattfindet. Aber auch diese Auffassung hat
ihre Duzel nur in der Vergangenheit und harmoniert nicht mehr
mit der heutigen Kriegsführung. Bisher schätzte die neutrale Flagge
die Schiffe des betreffenden Staates. Wenn nun England das Recht
bekauptet, die neutrale Flagge sich zum Schutze seiner Handelsflotte
anzueignen, so wird die Folge sein, daß es keine Grenze für die
Unsicherheit und Zerstörung im Weltkrieg mehr gibt und die Ge-
fahren der neutralen Schifffahrt ins Ungemessene wachsen. Unglück-
liche Verwickelungen sind dann unvermeidlich.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Die Aufgabe des Landtages.

Am Dienstag trat das preussische Abgeordnetenhaus zu
seiner zweiten Kriegstagung zusammen. Es verließt sich von
selbst, daß nach mehr als sechs Monaten Krieg und einer seit
dieser Zeit andauernden Ausschaltung der Volksvertretung
alle einsichtigen Kreise der Nation von dieser Parlaments-
tagung mehr erwarten als eine patriotische Demonstration.

Es liegt auf der Hand, daß auch bei einem so schweren
Kriege, und gerade wegen der Schwere und ungeheuren
Tragweite dieses Krieges, die Volksvertretung in Staaten-
gebilden, wie es das Deutsche Reich und seine Bundesstaaten
darstellen, nicht auf die Dauer in die Rolle einer
bloßen Kreditbewilligungsmaschine zurückgedrängt werden
sollte. So war es speziell für die Tagung des
preussischen Landtags ganz ausgeschlossen, die neue Session
auf einige bloße Schaustellungen zu beschränken und alle die
wichtigen Erörterungen, die in sozialer und politischer Be-
ziehung der Krieg aufgeworfen, in die Unterkommission zu
verweisen. Von den Vertretern der verschiedensten bürger-
lichen Parteien, besonders auch von konservativer Seite ist ja
energisch genug ausgesprochen worden, daß das Volk selbst
und seine Vertreter in Parlament und Presse das unbedingte
Recht für sich in Anspruch nehmen müßten, ihre Auffassung
zur Geltung zu bringen. Daß das preussische Parlament mit
mehrfach nicht geringerem Nachdruck diese Rechte der politischen
Öffentlichkeit für sich in Anspruch nimmt, braucht nicht erst
hervorgehoben zu werden.

Am liebsten hätte bei alledem das Abgeordnetenhaus am
Dienstag den Etat ohne jede Erörterung an die Kom-
mission verwiesen. Allenfalls war man bereit, zur
Geschäftsordnung eine Erklärung der sozialdemo-
kratischen Fraktion zuzulassen, aber von einer ins Einzelne
gehenden Erklärung wollte man nichts wissen, um nach außen
hin den Eindruck zu erwecken, als ob es keinerlei
Meinungsverschiedenheiten im preussischen
Volke gebe. Das konnten und durften unsere Vertreter
nicht mitmachen, sie bestanden auf der ungefärbten Abgabe
ihrer Erklärung, die naturgemäß eine Gegenerklärung aller
übrigen Parteien auslöste.

Die Einleitungsrede des Finanzministers beschäftigte sich
eigentlich sehr wenig mit dem Etat. Aber gerade das war
ihre Vorzug. Wen interessieren heute trockene Zahlen, die doch
keinen Anspruch darauf erheben können, daß sie der Wirk-
lichkeit entsprechen. Eine Schätzung, die heute richtig ist,
erweist sich vielleicht morgen schon als falsch. Ob der Wunsch
des Finanzministers in Erfüllung geht, dem er am Schlusse
Ausdruck verleiht, daß das gemeinsam auf den Schlachtfeldern
vergossene Blut zur Milderung der Schärfe des Kampfes
zwischen den Parteien beitragen möge, wissen wir nicht, das
hängt nicht von uns, sondern von unseren politischen
Gegnern und nicht zuletzt von der Regierung
selbst ab.

Der Rede des Finanzministers folgte die von dem Ge-
nossen Dirsch abgegebene Erklärung der sozialdemokratischen
Fraktion, die milde in der Form, aber scharf in der Sache ge-
halten war, und gleich im Eingang klar ausgesprach, daß sich
unsere Haltung der Politik der preussischen Regierung gegen-
über nicht geändert hat. Obwohl auch die Sozialdemokraten
angesichts des Ernstes des Augenblicks darauf verzichteten, schon
bei der ersten Sitzung ihre Einzelwünsche vorzubringen,
stellten sie doch eine Reihe programmatischer Forder-
ungen auf und sprachen der Regierung ihren Tadel wegen
ihrer Hartnäckigkeit in der Frage der Wahlreform aus.
Die Erklärung schloß mit dem Ausdruck des Wunsches nach
einem gesicherten Frieden zum Heile des deutschen Volkes
und der gesamten Menschheit.

Unmittelbar darauf erhob sich Herr v. Heydebrand,
der im Namen aller übrigen Fraktionen in einer Erklärung
seine Mißbilligung über das taktische Vorgehen der Sozial-
demokratie ausdrückte.

Er unterstrich damit nur die sozialdemokratische Er-
klärung. Auch seine Ansicht, daß man über die in der sozial-
demokratischen Erklärung hervorgehobenen Volksforderungen,
zu der Wahlrechtsfrage, später sprechen werde, vermochte
nur der sozialdemokratischen Forderung ein wirksames Relief
zu verleihen.

Die zweite Lesung des Etats beginnt am Montag mit dem Etat des Staatsministeriums. Hierbei sollen alle allgemeinen Fragen erörtert werden.

London, 9. Februar. (B. Z. B.) „Daily Express“ schreibt: Die Anweisung betreffend die neutrale Flagge wird zweifellos die öffentliche Meinung Englands sehr beunruhigen. Seit wann ist der Union Jack eine Flagge, die furchtbar niedergeburt wird? Wir leugnen nicht, daß es eine zulässige Kriegsflagge ist, aber die Stellung Englands ist so einzigartig, daß wir ungünstige Folgen einer derartigen Taktik befürchten. Doch haben wir soviel Vertrauen zur Admiraltät und zur Flotte, daß wir uns dieser Entscheidung beugen.

Hollands Stellung zum deutsch-englischen Handelskriege.

Amsterdam, 9. Februar 1915. (Privattelegramm in des „Vorwärts“.) Die holländische Presse setzt die Polemik gegen die deutsche Seerückkehr fort. Das liberale Blatt „Vaderland“ schreibt, daß die englische Erklärung über das Führen neutraler Flaggen sicherlich die Ausführung der deutschen Ankündigung erschwert, da sie die Deutschen zur Unteruchung des zu vernichtenden Schiffes nötigt. Dieser Versuch ist aber gefährlich, da England keine Kaufahrer mit Geschützen ausrüsten oder ihnen Kriegsschiffe folgen lassen kann, die während der Visitation angreifen. Auch kann sich unter den angehaltenen Schiffen leicht einmal ein Hilfskreuzer befinden. Aber die Haltung der Vereinigten Staaten weist schon darauf hin, daß man sich die Entziehung Deutschlands von der Untersuchungsfrist nicht gefallen lassen wird. Wenn Deutschland nicht Wasser in den Wein seiner Erklärung gießt, wird es dadurch Komplikationen hervorrufen können, die für Deutschland selbst die schlimmsten Folgen haben können. — Der „Nieuwe Courant“ schreibt in einem Leitartikel, die englische Flaggenverordnung rechtfertigt die deutsche Bedrohung der Neutralen nicht. Auch können die Schwierigkeiten der Unteruchung für die Neutralen weder zur Meidung der betreffenden Meeresgebiete, noch zur Sinnahme der Vernichtung ihrer zu unrecht verhafteten Handelsschiffe maßgebend sein. Wir vernahmen mit Befriedigung, daß eine Konferenz des Washingtoner und des holländischen Gesandten mit der Regierung der Vereinigten Staaten über einen Kollektivvertrag stattfand. Es würde uns nicht wundern, vor dem 18. Februar noch eine einschränkende deutsche Erklärung zu erhalten. Der Reichskanzler führt als Hauptgrund an, daß die Neutralen gegen die Auslieferung von Kriegsschiffen zu protestieren. Aber wenn es zur moralischen Pflicht der neutralen Mächte gehörte, gegen alle Völkerrechtsverletzungen zu protestieren, dann hätten sie seit Kriegsbeginn mit derartigen Protesten nach beiden Seiten hin alle Hände voll zu tun gehabt. Die holländischen Needer haben vor, von der Durchführung des Kriegsgebietes vorläufig nicht abzugehen. Die am Freitag im Marineministerium stattgefundene Konferenz beschloß nach der Diskussion der Frage, ob die Kaufahrer unter Beobachtung fahren sollen, daß noch keine Gründe vorliegen, der Regierung eine Dienständerung vorzuschlagen. Aber abgesehen von der Einigkeit der Neutralen in dieser Frage halten wir es für höchst unwahrscheinlich, daß die deutsche Marine den durch das Verhalten der „Emden“ befestigten Ruf seiner ritterlichen humanen Seemannschaft aufs Spiel setzen werde.

Die englische Minengefahr.

Von der englischen Presse wird gekündigt die Behauptung verbreitet, daß die friedliche Schifffahrt durch deutsche Minen gefährdet werde. Nicht nur, daß die deutschen Minen den völkerrechtlichen Vereinbarungen nicht entsprechen, sie würden auch aus Geozwangs auf hoher See und besonders auf den Handelsstraßen der Nordsee von Deutschen ausgelegt. Diese Behauptung ist in allen Teilen unrichtig. Niemand hat weniger Ursache, andere zu beschuldigen, daß sie die Schifffahrt gefährden, wie gerade England. Es sind nicht deutsche, sondern fast ausschließlich englische Minen, die die friedliche Schifffahrt gefährden. Das weiß man auch im Auslande, wie die nachstehenden im Monat Januar bekanntgewordenen Presseberichte des Auslands zeigen:

6. Januar: Laut norwegischen Presseberichten sind zahlreiche Minen an der Südküste Norwegens angebracht, von denen eine durch die norwegischen Behörden geborgen und untersucht worden ist. Nach den Ergebnissen der Untersuchung sieht, wie wir an anderer Stelle erfahren, unzweifelhaft fest, daß es sich um englische Minen handle.

16. Januar: Aus Amsterdam wird gemeldet: Heute ist eine englische Mine im Jüdersee bei Wieringen angepökt worden.

21. Januar: Aus Kristiania wird gemeldet: In Land getriebene gefährliche Seeminen an der Küste Norwegens erregen erhebliches Aufsehen. Es wird jetzt mitgeteilt, daß noch zwei solche in der Nähe der Stadt Haugesund an Land getrieben wurden. Marinemännern machten eine Mine unschädlich. Es handelt sich um eine englische Verankerungsmine, die sich losgerissen hatte.

21. Januar: Der Londoner Berichterstatter des „Diurnal“ meldet von Beunruhigung in englischen und französischen Marine- und Handelskreisen wegen zahlreicher freibewegter Minen englischen Ursprungs, die jetzt auch im offenen Ozean anzutreffen sind.

27. Januar: „Stockholm Dagblad“ gibt bekannt: Die Minengefahr am südlichen Teil der norwegischen Küste nimmt von Tag zu Tag zu. Von allen Seiten gehen Mitteilungen über Minenfund ein. Ein in Stavanger eingetroffener Dampfer sah zwischen Skagen und der norwegischen Küste auf nördlichem Kurs 12–13, auf südlichem Kurs 7 Minen. Bei Studenes wurde noch eine Mine, bei Egersund 3 Minen gefunden und an Land geschafft. Dampfer „Eggen“ beobachtete eine Mine südlich von Kristiansund, die ebenfalls der Marine übergeben wurde. Nahe der schwedischen Küste bei Hvaler ist eine Mine an den Strand getrieben. Sämtliche untersuchte Minen sind englische Kontaktminen.

30. Januar: Amsterdamer Blätter melden: Seit Beginn des Krieges wurden insgesamt 234 Minen an der holländischen Küste angepökt, darunter 113 englische, 42 französische und 3 deutsche.

Aus Vorstehendem geht hervor, daß die englischen und französischen Minen, was ihre Verankerung betrifft, höchst mangelhaft konstruiert sein müssen. Des weiteren aber läßt die Tatsache, daß englische Minen sowohl im Atlantischen Ozean, als auch an der holländischen, der südwestlichen und schwedischen Küste in großer Anzahl festgestellt sind, darauf schließen, daß England auch auf hoher See Minen ausgelegt hat. Daß die deutschen Minen den völkerrechtlichen Bestimmungen entsprechen, nicht aber die englischen, hat übrigens vor kurzem der Chef des schwedischen Minendepartements, Kapitän Norman, anerkannt, der in „Dagens Arbeter“ behauptet, daß die seinerzeit bei Torhamn und Sandhamn gelandeten Minen deutschen Ursprungs genau den Bestimmungen der Haager Konvention entsprachen. Sie waren nämlich durch die Loslösung von ihrer Verankerung unschädlich geworden, und konnten nicht durch Stoß, sondern erst durch Beschädigung mittels schwedischer Kriegsschiffe

zum Explodieren gebracht werden. Zugegen seien die an der Nordküste angelegten englischen Minen schon durch das Aufstoßen an Land explodiert. Sie seien also noch wirksam und höchst gefährlich für die Schifffahrt gewesen, trotzdem sie sich vom Meeresboden losgerissen hätten. Offenbar müsse England schon auf alte Minenbestände zurückgreifen, oder es kümmerne sich nicht um die völkerrechtlichen Bestimmungen des Seekrieges.

Der türkische Krieg. Vorhutgefechte am Suezkanal.

Konstantinopel, 9. Februar. (B. Z. B.) Das Hauptquartier hat gestern folgendes mitgeteilt: Die Vorhut unserer gegen Ägypten operierenden Armee hat einen erfolgreichen Erkundungsmarsch durch die Wüste gemacht, die vorgehobenen Posten der Engländer gegen den Kanal hin zurückgetrieben und sogar mit einigen Kompagnien Infanterie den Suezkanal zwischen Tullum und Serapeum überschritten. Trotz des Feuers englischer Kreuzer und Panzerzüge haben unsere Truppen den Feind während des ganzen Tages beschäftigt und seine Verteidigungsmittel in vollem Umfange aufgeföhrt. Ein englischer Kreuzer ist durch unser Geschützfeuer schwer beschädigt worden. Unsere Vorhut wird die Föhlung mit dem Feinde aufrechterhalten und den Aufklärungsdienst auf dem östlichen Ufer des Kanals versehen, bis unsere Hauptmacht zum Angriff schreiten kann. — Ein Teil unserer Flotte hat Jalta wirksam beschossen und an einem anderen Punkte ein russisches Schiff versenkt.

Australische Truppen am Suezkanal.

Frankfurt a. M., 9. Februar. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: General Maxwell teilte dem Kriegsminister mit, daß die australischen Soldaten bei den ersten Kämpfen am Suezkanal sich gut geföhrt hätten. Das Kriegsministerium hat die Einreichung von weiteren zehntausend australischen Soldaten beschlossen, die im April nach Ägypten transportiert werden sollen.

China und Japan.

Frankfurt a. M., 9. Februar. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mailand: Nach einer Bekinger Depesche der „Ruhloze Slowo“ soll Japan an China folgende Forderungen gestellt haben: Verlängerung der Abtretung von Dalny und Port Arthur auf 99 Jahre, terminlose Verlängerung des Vertrages über die südmandchurische Bahn, Handelsfreiheit für Japan in China und das Recht des Immobilienerverwerbes, Einschluß der Südost-Mandschurei und Mongolei in die Japan ausschließlich vorbehaltenen Interessenzonen, terminlose Konzession der Schantungbahn und der Schantungbergwerke, Uebertragung der Instruktion des chinesischen Heeres und der chinesischen Marine an japanische Offiziere, die Ernennung japanischer Räte an den chinesischen Ministerien der Finanz, Unterricht und Verkehr, Einführung der japanischen Sprache in den chinesischen Schulen, welche Fremdsprachen lehren.

In der redaktionellen Bemerkung schreibt „Ruhloze Slowo“, die Auffstellung dieser Forderungen der unter deutschen Einfluß stehenden chinesischen Presse zu. Sonst würden sie einer Protektorsdeklaration Japans über China gleichkommen. Die wahren Absichten Japans in China hätten anderen Charakter, nämlich die Ausnützung des politischen Augenblicks zur wirtschaftlichen Entfaltung und zur Uebernahme der deutschen Erbschaft in Schantung, wogegen Rußland nichts einzuwenden habe.

Russische Rekrutierung in Galizien?

Wien, 9. Februar. (B. Z. B.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Meldung des Blattes „Biadomosci Polskie“ von einem neuen eskalanten Völkerrechtsbruch, den die Russen sich zuschulden kommen ließen. Die Russen haben in dem von ihnen besetzten südöstlichen Teile Galiziens systematische Rekrutierung durchgeführt. Die Aushebung fand im Dezember statt. Noch früher ordneten die Russen die Rekrutierung in den Bezirken Stanislaw, Borodjanz, Radworna und anderen Bezirken an. Der Korrespondent des „Biadomosci Polskie“ hatte eine Unterredung mit russischen Gefangenen und fand unter diesen einen österreichischen Ruthenen aus Brody. Es stellte sich heraus, daß dieser schon zu Anfang der russischen Invasion bei der von Rußland in Galizien angeordneten Rekrutierung ausgemustert und ausgebildet, und sodann auf den galizischen Kampfplatz entsendet worden war.

Die russischen Liberalen und der Krieg.

Petersburg, 8. Februar. (B. Z. B.) Der Führer der Kadetten, Miljukow, hielt in Petersburg eine Rede über den Krieg und die europäische Intelligenz, in der er die Notwendigkeit betonte, den Krieg bis zur siegreichen Beendigung für Rußland durchzuführen. Als moralisches Ziel betonte Miljukow, daß Rußland für die Freiheit und die Befreiung der kleinen Völker kämpfe. Von Finnland sprach er indessen in diesem Zusammenhang nicht. Was den Kampf gegen die Türkei anlangt, so sei es für Rußland notwendig, Konstantinopel und die Meerengen zu besitzen, die Neutralisierung der Dardanellen genüge für Rußland nicht. In der Einleitung seiner Rede betonte Miljukow, daß die Annahme der Kriegsergebnisse sich seit dem Kriegsbeginn verschleiert hätten, und daß die Stimmung verloren gegangen sei. Es sei demgegenüber notwendig, das Gefühl durch logische Gründe von neuem zu stärken. Das läten die Verblüdeten, das müsse auch Rußland tun.

Eine russische Anleihe in Amerika.

London, 9. Februar. (B. Z. B.) Die „Morningpost“ meldet aus Washington: Rußland erhielt von der Morgan-Gruppe eine Anleihe von 5 Millionen Pfund. Das Syndikat besteht aus 15 leitenden Bankfirmen. Der Zinsfuß beträgt etwas über 6 Proz.

Verbannung deutscher Kolonisten.

Lambow, 8. Februar. (B. Z. B.) Durch Lambow sind in den letzten Tagen Tausende von deutschen Kolonisten, die aus Polen verbannt worden sind, nach den Gouvernements Astrachan und Saratoff transportiert worden.

Die französischen Sozialisten gegen die zaristische Politik.

Paris, 8. Februar. (B. Z. B.) „Humanité“ meldet: Der deputierte Lagrosilliere wird in der Kammer einen Gesetzentwurf auf Naturalisierung der Eingeborenen in den französischen Kolonien einbringen.

Ferner berichtet die „Humanité“: Das Aktionskomitee der sozialistischen Verbände Frankreichs hat eine Adresse an die Regierung gerichtet mit der Aufforderung, alle Getreidevorräte in Frankreich zu beschlagnahmen, den Preis für Mehl und Getreide nach Maßgabe der letztjährigen Ernte festzusetzen, die bis zur nächsten Ernte fehlende Getreidemenge durch Einfuhr zu decken, und auch den Mehlverbrauch in den Bäckereien zu überwachen.

Dasselbe Blatt meldet: Der Arbeitsausschuß der sozialistischen Verbände hat einen Beschlusantrag angenommen, durch den er gegen die Verurteilung Burgows enträset protestiert; das Urteil beweise der zivilisierten Welt, daß sich in Rußland nichts geändert habe. Er protestiert ferner gegen die Unterdrückung französischer und russischer Gewerkschaftsblätter durch die französische Behörde.

Beschlagnahme von deutschfreundlichen Flugchriften.

Lyon, 8. Februar. (B. Z. B.) „Lyon Republicain“ meldet aus Paris: Die Polizeipräfektur hat eine Anzahl Flugchriften beschlagnahmt, welche seit einiger Zeit den Kaufleuten des Gallenviertels in Paris geschickt worden sind und die unter dem Titel: „Die Meinung der Neutralen“ Auszüge aus spanischen, holländischen und schwedischen Blättern enthalten, welche Deutschland, sein Heer und seinen Kaiser rühmen.

Petersburg, 8. Februar. Nach einer Meldung der „Kosmo Wrenja“ wurden in Smolensk in Livland regierungsfeindliche Proklamationen verbreitet.

Die französischen Flüchtlinge.

Paris, 8. Februar. (B. Z. B.) Im „Matin“ macht der Minister des Innern Malvy eingehende Angaben über die Maßregeln, welche die Regierung getroffen habe, um den aus der Zone der Kriegsoperationen geflüchteten Personen zu Hilfe zu kommen. Auf Befehl der Regierung wurde die Mehrzahl der Flüchtlinge in Familien untergebracht. Die Präfekten wurden ermächtigt, zur Unterbringung der Flüchtlinge Wohnungen und Lokale zu benutzen, welche Deutschen, Oesterreichern oder Ungarn gehören und beschlagnahmt worden sind. Hilfsbedürftige Erwachsene erhalten einen Staatszuschuß von 1,25 Franken täglich, ferner fünfzig Centimes für jedes Kind unter 18 Jahren. Insgesamt beträgt die Zahl der Flüchtlinge nahezu eine Million, von denen mehr als die Hälfte die Staatshilfe in Anspruch nehmen.

Gegen die Zensur.

Lyon, 9. Februar. (B. Z. B.) „Lyon Republicain“ erföhrt aus Paris: Der Verein der republikanischen Journalisten hat in seiner getrigen Sitzung eine Tagesordnung angenommen, in der er die sofortige Abschaffung der politischen Zensur fordert. Die einzig berechnigte Zensur sei die militärische Zensur, die jede Veröffentlichung der Presse im Interesse der Nationalverteidigung prüfen könne.

Die Erregung unter den englischen Arbeitern.

Amsterdam, 9. Februar 1915. (Privattelegramm in des „Vorwärts“.) Die Erregung der englischen Arbeiterchaft steigt ständig. Der Präsident Runciman der Handelskammer wies das Verlangen der Arbeiter, einen Arbeiterhilfsausschuß zur Vertretung der Arbeiterchaft im Komitee gegen die Anhäufung im Hafen einzuberufen, ab. „Daily Citizen“ bezeichnet das als eine Herausforderung. Sie klagt die Eisenbahnmagnaten an, daß sie durch das Vorantstellen ihres Privatinteresses die Hafenanhäufung verschuldet hätten und das Problem nun auch selbst lösen sollten. Unterdeß steigt die Teuerung. Der Weizenquartier kostete in der letzten Woche des Januar 1914: 31 Schilling, 1915: 53,3 Schilling. Die Dodarbeiter in Hull nahmen das Angebot der Unternehmer, den Stundenlohn um 1 Penny zu erhöhen, an. Die Bergarbeiter in Südwales beschloßen ein Schiedsabkommen zum 1. April auf dreimonatige Kündigung. Sie fordern Lohnerhöhung.

Die englische Einfuhr im Januar betrug 67 Millionen Pfund Sterling, sie nahm gegen 1914 also nur um 600 000 Pfund Sterling ab. Die Ausfuhr betrug 28 Millionen Pfund Sterling, ihre Abnahme gegen 1914 beträgt 10½ Proz. Der Tonnengehalt der einfahrenden Schiffe betrug 2½ Millionen, fiel also um 1 100 000 gegen das Vorjahr. Der Tonnengehalt der ausfahrenden Schiffe betrug nur 3 400 000 gegen 5 500 000 im Vorjahre.

Geschäftschauvinisten.

Liverpool, 9. Februar. (B. Z. B.) Hier hat eine Versammlung englischer Hotel- und Restaurantangestellter stattgefunden, in der die Resolution angenommen wurde, energisch gegen die Absicht des Ministeriums des Innern zu protestieren, internierte Internaten feindlicher Staaten freizulassen, um den Hotels zu Dienstpersonal zu verhelfen. Man will an das Publikum appellieren, sich nicht von feindlichen (?) Kellnern bedienen zu lassen.

Es braucht wohl nicht erst ausgeführt werden, wie bedäunend es ist, daß eine arbeitende Schicht in solcher Weise dem schäblichsten Geschäftspatriotismus anheimgefallen ist.

Rückwärtsrevidierung der türkischen Verfassung.

Konstantinopel, 8. Februar. (B. Z. B.) Der Senat beriet heute in Gegenwart des Thronfolgers, der hervorragenden Kabinettsmitglieder, vieler Abgeordneter der Kammer und eines zahlreichen Publikums über den Gesetzentwurf betreffend eine Abänderung des Verfassungsgesetzes, wodurch die Vorrechte der Krone wieder gestärkt und gewisse Rechte, die den gesetzgebenden Körpern bei der Verfassungsänderung im Jahre 1909 gegeben worden waren, zurückgenommen werden sollen. Ahmed Riza Bey bekämpfte den Gesetzentwurf, da nach seiner Meinung für eine Abänderung der Verfassung weder eine Notwendigkeit noch ein Anlaß vorliege. Nach einer kurzen Debatte wurde der Gesetzentwurf mit 13 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Kriegsbekanntmachungen.

Erweiterter Postverkehr mit Belgien.

Von jetzt ab werden auch im Verkehr zwischen Deutschland und Antwerpen gewöhnliche und eingeschriebene offene Briefe, Postkarten, Druckfachen, Warenproben und Geschäftspapiere in deutscher

und französischer Sprache, ferner Telegramme in offener Sprache zugelassen, und zwar Telegramme aus Antwerpen in deutscher und französischer, nach Antwerpen nur in deutscher Sprache. Die Logen und Tarife sind dieselben wie vor dem Kriege im Verkehr mit Belgien.

Feldpost und Kettenbriefe.

Einen neuen Fall der mißbräuchlichen Benützung der Feldpost, der sich zugleich als grober Unfug darstellt, bildet die Verleitung sogenannter Kettenbriefe als Feldpostkarten. Der Absender eines solchen Kettenbriefes verpflichtet den Empfänger, einen auf der Karte angegebenen Vers oder Spruch eine gewisse Zeit hindurch täglich an einen anderen Empfänger weiterzusenden. Jeder neue Empfänger hat sich derselben Verpflichtung zu unterziehen. Wer diesem Gebote nicht nachkommt, soll im Leben kein Glück mehr haben; wer das Gebot aber befolgt, wird an einem bestimmten Tage eine große Freude erleben.

Das Publikum wird ersucht, möglichst darauf hinzuwirken, daß derartige unfruchtliche Befestigungen unserer Soldaten im Felde verhindert werden.

Wirtschaftsfragen.

In allen Ländern hat der Krieg den Staat zur Reglementierung des Wirtschaftslebens veranlaßt. Am tiefsten waren die Eingriffe erklärlicherweise in Deutschland, weil hier das wirtschaftliche Leben am schwersten hätte erschüttert werden können. Die Quantität der Veränderungen in Deutschland ist daher so groß, daß sie von vielen, die durch die Maßnahmen überrascht worden sind, bereits als qualitative Änderungen d. h. als ein prinzipieller Bruch mit dem bisherigen Wirtschaftssystem beurteilt wurden. In der Tat sind in ja auch die Höchstpreisgesetzgebung und das staatliche Getreide-Beschlagnahmerecht mit den bisherigen Prinzipien privatkapitalistischer Produktion unverträglich zu sein. Daher sind diese Maßnahmen von einigen Sozialdemokraten als Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus gefeiert worden. Die gleichen Maßnahmen werden aber von den Konservativen als eine Rechtfertigung der vom Bunde der Landwirte seit Jahren vertretenen Wünsche (in der Richtung des Antrag Kantig) angesehen und hin und wieder auch als Erfüllung der Idee vom sozialen Königtum gepriesen. Die Imperialisten wieder feiern diese staatlichen Eingriffe als die Anerkennung ihrer Forderung, daß der Staat ohne Rücksicht auf Sonderwünsche alle Kräfte im Dienst nationaler Machtbestrebungen einsetzen müsse. Die Staatsbureaucratie (das Wort ohne schlechte Nebenbedeutung gebraucht) d. h. die Träger der herrschenden Verwaltung sehen schließlich in den wirtschaftlichen Kriegsmahnahmen den Beweis dafür, daß nur möglichst selbständige, mit starken Mitteln ausgerüstete, von der Autorität eines starken Königtums geschützte Beamten die Kraft zur Ausführung derartig einschneidender Maßnahmen aufbringen könnten. So erleben wir das Schauspiel, daß die gleichen Maßnahmen als Sieg der widerstrebendsten politischen Ueberzeugungen gefeiert werden.

Zunächst ergibt sich aus diesen vielfachen Behauptungen nur die eine Erkenntnis, daß die Form einer Maßnahme über ihr Wesen und ihren Inhalt recht wenig besagt. Die Einführung zum Beispiel eines Staatsmonopols bedeutet an sich noch nicht, daß ein bestimmtes Prinzip über andere den Sieg errungen hat. Denn das Monopol kann entweder den Produzenten Ertragsprostitute verschaffen oder dem Staat als Steuerquelle dienen oder beide genannten Zwecke miteinander verbinden oder schließlich den Konsumenten Schutz vor Ausbeutung schaffen. Die Tatsache der einheitlichen Regelung eines Produktionsgebietes sagt noch nichts darüber, wem diese Regelung vor allem zugute kommt. Die Tatsache der staatlichen Monopolisierung irgend eines wirtschaftlichen Gebietes kann ebensogut zum „Staatskapitalismus“ als zum „Staatssozialismus“ führen.

Die Frage des staatlichen Monopols ist durch den Krieg ungewisselhaft in ein neues Stadium getreten. Schon vor dem Kriege wurden Pläne erwogen, neue Steuerbedürfnisse nicht durch Einkommen- und Vermögenssteuern zu decken, sondern durch Einführung von Monopolen zu befriedigen. Das Petroleummonopol war der erste fertige Entwurf, andere sollten folgen. Die Vermehrung der Staatsausgaben durch und nach dem Kriege wird die Regierung dazu veranlassen, diese Pläne aufzunehmen. Dann wird wie bei dem Petroleummonopolgegentwurf der Kampf der politischen Parteien um die Ausgestaltung der Monopole entbrennen. Die Frage wird dann also nicht lauten: „Monopol oder nicht?“, sondern ob das Monopol dem Interesse der Konsumenten, der Produzenten oder des Steuerfiskus dienen soll.

Die Frage des staatlichen Monopols ist um so brennender geworden, als heute bereits in ausgedehntem Maße private Monopolverbände das wirtschaftliche Leben beherrschen. Mit der Entwicklung der unter Kontrolle des Finanzkapitals stehenden Großindustrie hat das Prinzip der freien Konkurrenz in seinen Formen eine Umgestaltung erfahren. Die Kartelle und Syndikate heben die Konkurrenz, von der die Abnehmer auf dem Markt profitieren konnten, auf. Sie unterwerfen sich die Konsumenten des Inlandes, wobei ihnen der Abschluß des heimischen Marktes gegen die ausländische Konkurrenz durch die Schutzzölle zu Hilfe kommt.

Die Monopolgewinne, die nur zum Teil in der Steigertät und Höhe der Dividenden kartellierter Unternehmen zum Ausdruck kommen, erregen aber den Appetit der nach Steuerquellen suchenden Staaten. Ist einmal die freie Konkurrenz im alten Sinne des Wortes durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt, so liegt es nahe, die Ueberführung der Monopolgewinne in die Staatskassen zu fordern. Der Staatssozialismus erlebt dadurch eine zweite Auflage, aber er hat jetzt noch weniger als früher mit Sozialismus zu tun. Damals, als Wort und Begriff entstanden, handelte es sich darum, die Konsumenten gegen die bei der freien Konkurrenz entstehende Uebermacht der Stärksten wirksam zu schützen. Jetzt wird beabsichtigt, das ungleiche Verhältnis zwischen Privatmonopol und Konsument dadurch zu verewigen und zu sanktionieren, daß der Staat an die Stelle des privaten Monopols tritt. Ohne Verminderung der Preise, Verbesserung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen bedeutete eine solche Ueberführung weder einen Vorteil für die Konsumenten noch für die in jenen Industrien beschäftigten Arbeiter. Geschlecht die Ablösung des privaten Eigentums außerdem noch zu dem jetzigen „Werte“, so bedeutet das die Zulieferung einer Rente in Höhe des Monopolgewinns für alle Zeiten an die früheren Besitzer. Uebernahme der Monopole in Besitz und Verwaltung des Staates wird also noch nicht ohne weiteres bedeuten Uebernahme in Besitz und zum Vorteil der Allgemeinheit.

Politische Uebersicht.

Unser Parteiblatt in Gotha wiederum verboten.

Das „Gothaer Volksblatt“ ist vom Oberkommando in Cassel abermals verboten worden. Zur Begründung wird angegeben:

„Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Bod in Gotha hat am 18. Januar 1915 als Vorsitzender des Aufsichtsrates der A.-G. „Gothaer Volksblatt“ dem Stellvertretenden Generalkommando die mündliche und schriftliche Erklärung abgegeben, daß er sich dafür verbürge, daß das „Gothaer Volksblatt“ hinfert für die Dauer des Krieges den Forderungen der Gegenwart in jeder Weise Rechnung tragen und nichts tun werde, was den inneren Frieden zu stören geeignet wäre. Trotz dieser Erklärung haben die dem Gothaer Stadtrat als Zensurbehörde eingereichten Aufsätze des „Gothaer Volksblattes“ erkennen lassen, daß es gar nicht daran gedacht hat, sich nach dieser von dem Reichstags- und Landtagsabgeordneten Bod abgegebenen Erklärung zu richten. Kennzeichnend für das Verhalten des „Gothaer Volksblattes“ ist besonders, daß die Bekanntmachung des Stellvertretenden Generalkommandos über die Aufhebung der Artikel 5 und 6 der preussischen Verfassungsurkunde und der entsprechenden Verfassungsbestimmungen für die thüringischen Staaten im Zusammenhang mit der aufreizenden Ueberschrift „Neue Verschärfungen der Kriegszustandsentzerrung“ der Zensurbehörde eingereicht wurde und mit der Schlussbemerkung des Inhalts versehen war, daß „nach Aufhebung dieser gesetzlichen Bestimmungen kein Schutz der persönlichen Freiheit mehr bestehe; die Bevölkerung sei vogelfrei. Das sei das Sozialistengesetz für die Gesamtbevölkerung als Normalzustand“. Diese Ausführungen wurden von der Zensurbehörde gestrichen.

Ausdrucksweise für das Verbot des „Gothaer Volksblattes“ war ein Aufsatz in Nr. 4 der Unterhaltungsbeilage vom 31. Januar 1915 unter der Ueberschrift „Die Feldinläufe und die Hamster“, in dem in häßlicher Weise zum Klassenkampf aufgereizt und auch die Person S. M. des Kaisers und Königs angegriffen wurde. Dieser Aufsatz wurde von der Zensurbehörde gestrichen und kam zum Abdruck. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Bod ist daraufhin durch das Herzogl. Sächsische Staatsministerium im Auftrage des Generalkommandos zur Äußerung darüber aufgefordert worden, wie er das Erscheinen eines derartigen Aufsatzes mit dem von ihm als Abgeordneten und Ehrenmann gegebenen Wort vereinbare und auf welche Weise er eine öffentliche Sühne geben wolle. Er hat eine ausreichende Erklärung nicht abgegeben. Darin, daß die Zensurbehörde, der Gothaer Stadtrat, den Aufsatz übersehen hat, kann eine Entschuldigung nicht gefunden werden.

Das Generalkommando hat sich daher veranlaßt gesehen, das Weitererscheinen des „Gothaer Volksblattes“, das, wie bekannt, eine Ausnahmestellung in der sonst so einmütig im Vaterländischen Sinne wirkenden Presse einnimmt, nunmehr erneuert zu verbieten.

Der Kommandierende General,
gez. v. Saugwitz,
General der Infanterie.“

Verbot der „Pfälzischen Post“.

Wegen eines am 29. Januar 1915 erschienenen Artikels mit dem Titel: „Der Burgfrieden in der Ziegelei Holz“ ist das Erscheinen der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen von der Militärbehörde in Landau auf 3 Tage verboten worden, und zwar für den 9., 10. und 11. Februar. Wegen dieses Verbots ist Beschwerde erhoben worden.

Bedenkliche Drohung.

In einem Artikel, überschrieben „Der Anebel Churchills“, beschäftigt sich die „Königliche Zeitung“ mit der von England beabsichtigten Aushungerung Deutschlands und kommt zu folgendem Schluß:

„Jedenfalls bleibt uns nichts anderes übrig, als uns bis zum äußersten zu verteidigen, wobei Churchill und Genossen ihre Hungertheorie nicht bis ans Ende in die Praxis ausgedehnt haben. Wir haben 600 000 Kriegsgefangene, die von uns besetzten feindlichen Landesteile werden von elf Millionen Franzosen und Belgiern bewohnt. Wenn es nun wirklich ans Verhungern ginge, so sei es doch selbstverständlich, daß die Reiche zunächst an jene Angehörigen der uns feindlichen Staaten käme. Wegen Verhungerns mache sich aber kein Mensch im Deutschen Reiche Sorge.“

Kein Mensch im Deutschen Reiche kann natürlich im Ernste daran denken, die englischen Aushungerungspläne den in unserer Gewalt befindlichen Gefangenen entgegen zu lassen. Gegenläufige Ansichten, auch wenn sie mit einem gewissen Vorbehalt angedeutet werden, sind nur geeignet, zu unliebsamen Kommentaren herauszufordern. Wie würde sich auch die „Kön. Ztg.“ zu einer Androhung Englands äußern, England werde bei wirksamer Durchführung des vom deutschen Admiralstab angelegten Unterseebootskampfes die in den englischen Konzentrationslagern befindlichen Deutschen zuerst dem Hungertode überliefern!

Verlängerung der Mandatsdauer?

Die weimarische Regierung beabsichtigt, für die weimarischen Landtagsabgeordneten eine neunjährige Mandatsdauer einzuführen. Es soll die Wahlzeit der Abgeordneten um eine volle Finanzperiode, also von sechs auf neun Jahre verlängert werden. Diese Ausführungen machte in einer von den rechtsstehenden Parteien einberufenen Bürgermeisterversammlung, wo Stellung zu der am 16. März angelegten Landtagswahl im Wahlkreise Apolda-Land genommen wurde, der konservative Landtagsabgeordnete Reichmuth. Nach seinen Ausführungen muß angenommen werden, daß die Regierung sich wegen der Verlängerung der Wahlperiode mit den rechtsstehenden Parteien ins Einvernehmen gesetzt hat, denn der konservative Abgeordnete betonte, daß dafür auch eine Mehrheit im Landtage sei. Es scheint uns doch sehr fraglich, daß die weimarische Regierung solchen einseitigen Wünschen sich zugänglich gezeigt haben sollte.

Sozialdemokraten im badischen Landtag.

In einem Karlsruher Briefe der „Sannstatter Zeitung“ findet sich nach der „Kreuz-Zeitung“ folgende Schilderung:

„Einen würdigen Anfall der Kriegstagung des Landtages bildete gestern abend ein Empfang der Volksvertreter im Schloß. Um 8 Uhr wurden die Mitglieder der Ersten Kammer vom Großherzog und der Großherzogin begrüßt, um 9 Uhr abends stellten sich die Volksvertreter ein, und zwar zum ersten Male vollständig. Es

war ein höchst interessantes Bild, als Großherzog Friedrich auf die Hingefahrt des Sozialdemokraten Geiß, der sich nach vor vier Jahren hartnäckig geweigert hatte, zu Hofe zu gehen, zuschritt und ihm in liebenswürdiger Weise die Hand reichte. Dann kam der bekannte Abgeordnete und „Volksfreund“-Redakteur Wilhelm Kolb an die Reihe, mit dem sich der Landesfürst in eingehender Weise über städtische Fragen (Kolb ist ja seit einigen Jahren Stadtrat) unterhielt, und dann der Abgeordnete von Pforzheim „Genosse“ Stodinger. Letzterer glaubte den Großherzog darauf aufmerksam machen zu müssen, wie interessant in sozialistischem Sinne die Zeit sei. Auf dem Pforzheimer Rathaus ständen neben dem einfachen Fabrikarbeiter im Rathaus der reiche Kommerzienrat, jeder habe denselben Wunsch, nämlich die Regelung der Brot- und Mehlverteilung seine Wortkarte in Empfang zu nehmen. Das sei auch ein Fortschritt zum Endziel seiner Partei, meinte Stodinger. Schlagfertig parierte der Großherzog mit der Bemerkung: „das oben angeordnete Zeiten auch außerordentliche Mittel heischen“. Auch Prinz Max von Baden, der zukünftige Thronfolger, unterhielt sich mit jedem Sozialdemokraten, von denen nur Genosse Adolf Ged am Erscheinen verhindert war.

Die feierliche Eröffnung des Landtages heute früh 10 Uhr vollzog sich in hergebrachter Form, nur mit dem Unterschied, daß an Stelle des üblichen Krads der Schrock getragen wurde; lediglich die im Felde stehenden Abgeordneten erschienen in feldgrauer Uniform. Die Leitung der Sitzung in der Zweiten Kammer lag in den Händen des ersten Vizepräsidenten, des Sozialdemokraten Geiß, dem die Minister beim Kommen in freundlicher Weise die Hand zum Grusse boten. Letzterer verbanderte sich durch eine wirklich durch und durch patriotische Rede auf das deutsche Heer und besonders auf unsere braven Badener. Als Geiß seine Rede, wie üblich, mit einem Hoch auf den Landesfürsten schloß, ließen zum ersten Male die Sozialdemokraten, unter denen sich auch der „rote Ged“ aus Offenburg, der bekannte Korrespondent des Berliner „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ befand, nicht zum Saale hinaus; sie blieben auch nicht, wie einzelne ihrer Gesinnungsgenossen im Reichstage, auf ihren Stühlen sitzen, sondern einmütig erhob sich die gesamte sozialdemokratische Fraktion wie auf ein Kommando und stimmte, man kann wohl sagen mit Begeisterung, in das dreifache Hoch ein; nur der Sozialdemokrat Wötter, der als Vizefeldwebel der Reserve erschienen war, hielt sich verpflichtet, nicht hoch, sondern dreimal hurra zu rufen.“

Wünsche von Landwirten.

Eine Vorstandssitzung der Westfälischen Landwirtschaftskammer in Münster sprach sich scharf dagegen aus, daß man jetzt, nachdem den Landwirten das Getreide genommen sei, Anregungen von gewisser Seite folge und die Getreidepreise erhöhe. Eine solche Maßnahme würde berechtigterweise in landwirtschaftlichen Kreisen erregen; sollte aber eine Erhöhung doch eintreten, so müsse den Landwirten der höhere Preis für das beschlagnahmte Getreide auch nachträglich ausbezahlt werden!

In weiteren Beschlüssen wurden Einfuhrprämien für Futtermittel sowie Höchstpreise für sie und künstliche Düngemittel gefordert. Ferner wurde eine Einschränkung des Zuderrübenbaues auf etwa zwei Drittel der üblichen Fläche beantragt.

Kriegsfürsorge in Hamburg.

Die Hamburger Bürgerchaft genehmigte einen Senatstrantrag auf Einsetzung einer Behörde für Kriegsvorsorgung, die nach ihrem Ermessen Lebensmittel, Futtermittel und sonstige Bedarfsgegenstände zur Sicherstellung der Versorgung Hamburgs beschaffen und abgeben soll, mit der Abänderung, daß diese Aufgabe nicht einer Behörde, sondern einer Kommission von je zwei Mitgliedern des Senats und der Bürgerchaft sowie einem vom Senat zu ernennenden Mitglied übertragen werden soll, und stellte ihr zwölf Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung. Zum Mitglied der Kommission wurde auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion gewählt. Ferner wurde ein Betrag von sechs Millionen Mark für die staatliche Kriegsvorsorgung bewilligt.

Verurteilte französische Kriegsgefangene.

Das Kriegsgericht der Landwehrinspektion München verurteilte die französischen Kriegsgefangenen Corporal Leon Pöschel und Soldat Louis Henon vom ersten französischen Kolonialinfanterie-Regiment, die am 9. Dezember aus dem Kriegsgefangenenlager Buchheim entflohen und einige Tage später von der Grenztruppe Lindau angehalten und zurückgeführt wurden, wegen erschwerter unerlaubter Entfernung im Felde erziehen zu neun Monaten, letzteren zu acht Monaten Gefängnis.

Wieder ein Helden-Schwindel.

Durch die gesamte Presse gingen in den letzten Wochen Nachrichten über angebliche Heldentaten eines 13½-jährigen Elementarschülers Alfons Koerberle aus Hofmanns, der unter anderem behauptete, zwei deutschen Offizieren bei Saarburg das Leben gerettet zu haben, auf der Flucht aus französischer Gefangenschaft acht Gewehre erbeutet zu haben, dem Kaiser vorgestellt und zum Belohnen befördert zu sein, und dem angeblich eröffnet sein sollte, daß für ihn die Verleihung des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse in Aussicht genommen sei. Wie dem Wolffschen Telegraphenbureau von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben sich die Darstellungen und Behauptungen des Knaben als Erfindung herausgestellt.

Letzte Nachrichten.

Gegen die englische Zensur.

Amsterdam, 9. Februar 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Dubliner Polizei beschlagnahmte am Sonabend an Bord die ankommende Gesamtauflage des Glasgower „Worker“. — Im Unterhaus legte King eine Resolution vor, in der erklärt wird, daß die eindringende Aktion des Pressebureaus gegen die Kriegsberichterstattung nicht von klaren Prinzipien diktiert sei und daher beunruhigend wirke.

Einstellung des überseeischen Telegraphenverkehrs in England.

Rotterdam, 9. Februar 1915. (T. H.) Seit gestern abend 9 Uhr hat London kein einziges Telegramm mehr durchgelassen. Die Vermutung liegt nahe, daß Regierungsbefehlen mit Amerika das Stadel ganz in Anspruch nahmen. — Eine andere Vermutung läßt die Auffassung zu, daß die Regierung den Verkehr im Zusammenhang mit den Truppentransporten einstellte, damit keine Nachrichten nach Deutschland gelangen.

Die 2. Kriegstagung des preussischen Abgeordnetenhauses

98. Sitzung, Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück, Loebel, Lenz, Weseler, Breitenbach, Sadow, Schorlemer.
Haus und Tribünen sind überfüllt. Etwa 70 Abgeordnete sind in Uniform erschienen.

Präsident Graf Schwerin-Löwis:

Seit unserem letzten Zusammensein haben unsere herrlichen Truppen neuen Ruhm an ihre Fahnen geheftet und mit einer unvergleichlichen Tapferkeit und Hartnäckigkeit heldenhaft die schwersten Strapazen eines erbitterten Winterfeldzuges ertragen. (Bravo!) Sie haben nicht nur auch weiter unser Land vor größeren feindlichen Einbrüchen bewahrt, sondern neue Siege in Ost und West errungen. (Stürmischer Beifall.) Die ungeheuerlichen Opfer dieses gewaltigen Krieges werden noch weiter steigen, denn wir sind noch lange nicht am Ziele. (Sehr richtig!) Aber wir müssen, koste es was es wolle, bis zu einem vollen Siege durchhalten. Der diese großen Opfer lohnt. (Stürmischer Beifall.) Erst heute weiß unser ganzes Volk, wie dieser Krieg von unseren Feinden planmäßig als Vernichtungskrieg gegen uns vorbereitet worden ist. (Zustimmung.) Mögen unsere Feinde um Verdanke, um die allein gebietende Beherrschung des Weltmeeres, um geschäftliche Vorteile oder um größere Machterweiterung kämpfen, oder mögen sie nicht einmal wissen, um was sie eigentlich kämpfen (Zustimmung) — wir kämpfen um unser Dasein, um Sein oder Nichtsein, um unsere ganze wirtschaftliche kulturelle und nationale Zukunft. (Lebhafter Beifall.) Deshalb erscheint uns auch kein Opfer in diesem Kampfe zu groß. (Zustimmung.)

Die bevorstehenden Beratungen um die verfassungsmäßige Aufstellung des Etats für 1915 werden ebenfalls von dem einmütigen Willen beherrscht sein, alle Sonderwünsche und parteipolitischen Rücksichten den großen gemeinsamen vaterländischen Interessen unterzuordnen. (Stürmischer Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis gedenkt der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Hauses, vor allem des in den Kämpfen im Osten gefallenen Abgeordneten Meyer-Lawellningens (Konf.).

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Finanzminister Dr. Lenz

hält die Einleitungsrede: Bei der letzten Etatsberatung dachte noch niemand daran, daß sich die Verhältnisse so bald ändern würden, daß Rußland, Frankreich und England uns gemeinsam überfallen würden, um uns zu vernichten und uns den Garous zu machen. Niemals ist ein friedliches Volk schmählicher überfallen worden als das unsere, aber auch niemals haben sich unsere Feinde so übermäßig wie diesmal. (Zustimmung.) Nicht Rußlands, Frankreichs und Englands Heere befinden sich als Sieger in unserem Lande, sondern unsere Truppen stehen siegreich im Feindesland. (Zustimmung.) Unsere wackere Flotte sorgt dafür, daß England unsere Küsten nicht anzugreifen wagt. (Beifall.) Die Kriegslage hat sich so gehalten, daß die Besetze des Welthandels mehr von uns als von unseren Gegnern diktiert werden. (Sehr wahr!) Niemand bei uns ist nicht fest überzeugt, daß wir siegen wollen und siegen werden, so große Opfer der Krieg auch erfordert. (Zustimmung.) Auch der Etat wird durch den Krieg nicht unbedeutlich beeinträchtigt. Das Wirtschaftsjahr 1913 schloß sich unter friedlichen Verhältnissen, dank günstiger Einnahmen mit einem Ueberschuß von 115 Millionen ab, sodaß eine außerordentliche Tilgung der Staatsschulden um 24 Millionen stattfinden konnte. Auf eine derartig günstige Entwicklung im Laufe dieses Jahres ist natürlich nicht zu rechnen, denn die Einnahmen werden geringer und die Ausgaben größer sein. Als der Krieg ausbrach, schien das ganze Wirtschaftsleben mit einem Aufschlag versehen. Es drohten sich Kreditverhältnisse zu entwickeln, die so schlimm wären, daß alle Unternehmungen dadurch unterbunden worden wären. Die Aussicht auf eine Arbeitslosigkeit von geradezu riesigem Umfang mit all ihren Folgen, Not und Elend, erschien als drohendste Gefahr am Horizont. Zu unserem Heil haben wir diese schwere Krise glücklich überwunden. Es ist dem Bundesrat gelungen, das Wirtschaftsleben allmählich wieder in Gang zu setzen. Ramentlich die Abhandlung von einem Moratorium durch die geniale, mit Hilfe der Reichsbank geschaffene Kreditorganisation (lebhafter Beifall) und nicht zuletzt die unergieblichen Taten unserer Heeres und unserer Flotte haben sehr wesentlich dazu beigetragen. Allein von allen kriegsführenden Staaten hat Deutschland ein Moratorium nicht eingeführt, und so blieb der Weg offen, das Recht und Wirtschaft sich in den gewohnten Bahnen weiter entwickeln konnten und die vielen einmal geknüpften Fäden nicht zerrissen wurden. Der Krieg mit seinem ungeheuren Bedarf an Waffen, Kleidung, Fahrzeugen usw. hat sich nicht bloß als Beschäftiger, sondern zugleich als starke Quelle für Arbeitsgelegenheit und Verdienst erwiesen. Dank der Anpassungsfähigkeit der Industrie und der Kaufleute wurde erreicht, daß die Arbeitslosigkeit handig zurückging. Die Landwirtschaft kann ihre Ernte zu günstigen Preisen verkaufen, dadurch die Schwierigkeiten und Unzufriedenheiten durch Wegnahme des Personals, Mangel an Vieh, überwinden und so hat das deutsche Wirtschaftsleben durch den Krieg noch keine allzu harten Wunden empfangen, und die deutsche Volkswirtschaft ist sehr wohl imstande, den jetzigen Zustand noch lange Zeit zu ertragen. Dazu kommt der Vorzug, daß alles, was eingenommen und verdient wird, im Inlande bleibt. (Sehr richtig!)

Die Einwirkungen des Krieges auf den Staatshaushalt haben wir zuerst überschaut, aber immerhin sind sie nicht unbedeutlich. Der Minister feiert unter großem Beifall die gewaltigen Kriegseinnahmen der Eisenbahn, an deren Ausbau das Abgeordnetenhaus seinen vollen Anteil habe; die Einnahmen aus dem Güterverkehr betragen 96 Proz. der vorjährigen Einnahmen. (Hört! hört!) Und wenn auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr sich nicht so schnell entwickeln können, so zeigt doch die ganze Entwicklung, wie lebhaft unser Wirtschaftsleben wieder vorwärts geht. Der Winterertrag dürfte sich in erträglichen Grenzen bewegen und ist zunächst aus dem Ausgleichsfonds von 333 Millionen, der sich jetzt auf das glänzende bewährt, zu decken. Erst dann, wenn er nicht ausreicht, fällt der Winterertrag dem

Staatshaushalt zur Last. Der Etat mußte von der Annahme ausgehen, als ob der Krieg bereits am 1. April beendet wäre, nur so sind wir imstande, uns an die Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres anzulehnen. Die Mindereinnahmen sind nicht durch Defizitanleihen, sondern durch Abstriche an den anderen Ausgaben gedeckt. Zur Geldbeschaffung soll die Staatsregierung ermächtigt werden,

Schahanweisungen bis zum Betrag von 1500 Millionen Mark auszugeben, damit sie die liquiden Mittel für alle aus Anlaß des Krieges nötigen Aktionen zur Verfügung hat. Der Finanzminister zählt nun die bereits bekannten, zur Unternehmung der Rückkäufe in Ost- und Westpreußen getroffenen Maßnahmen auf und verweist auf die Forderung von 110 Millionen Mark, aus denen dem Reich unterstützten leistungsschwachen Gemeinden Staatsbeiträge für die von ihnen in dankenswerter Weise auf sich genommenen Kriegswohlfahrtszwecke gezahlt werden sollen.

Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist die Sorge für die Ernährung

unseres Volkes. Deutschland ist darauf angewiesen, sich aus der eigenen Ernte und den vorhandenen Vorräten zu ernähren. Zu unserem Glück ist unter dem Schutze der seit vielen Jahren betriebenen Wirtschaftspolitik unsere Landwirtschaft so leistungsfähig geworden, daß sie durchaus imstande ist, unser ganzes Land mit Brot und Fleisch zu versorgen. (Bravo!) Es kommt vor allem darauf an, daß mit dem Brotgetreide haushälterisch umgegangen wird. Dann reicht es für die Meisten vollständig aus. Dagegen müßten unsere zahlreichen Viehbestände, vor allem an Schweinen, wesentlich vermindert werden, da für sie nicht das erforderliche Kraftfutter vorhanden ist. Damit das vorhandene Vieh richtig verwendet wird, hat der Bundesrat die Gemeinden zur Anschaffung von Fleisch-Dauerwaren verpflichtet, und auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers ist den Städten zur Durchführung dieser Maßregel ein Wechselkredit eröffnet worden. Die bedeutendste Maßnahme war die Begründung und Beteiligung des Staates an der Kriegsgroßfleischgesellschaft. Bevor sie jedoch ihre Tätigkeit aufnahm, gelangte der Bundesrat zu der Ueberzeugung, daß ohne Beschlagnahme der Getreidevorräte nicht zum Ziel zu kommen ist. Hierdurch erhielt diese Gesellschaft die Aufgabe, die beschlagnahmten Vorräte zu übernehmen und zu verwerten. Diese Aufgabe kann nur dann einem gedeihlichen Ende zugeführt werden, wenn alle Personen, die bis dahin bei der Brotversorgung beteiligt waren, nach Möglichkeit mit herangezogen werden und wenn das ganze Volk den guten Willen hat, mitzuwirken und das vaterländische Unternehmen nach Möglichkeit zu fördern. (Sehr richtig!) Die Lage ist ernst genug, England darf uns nicht ausbungen und so zu einem Frieden zwingen, den es mit seinen Waffen sonst niemals erzwingen könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Dies unüberwindliche Ziel muß einem jeden über alle Schwierigkeiten, Härten und Unbequemlichkeiten hinweggehen, die mit der Beschlagnahme des Getreides und der Brotversorgung verbunden sein werden. Hier handelt es sich nicht um den einzelnen, sondern um das Vaterland. (Lebhafter Beifall.) Der Hunger- und Ausbeutungskrieg Englands muß vereitelt werden. (Lebhafter Beifall.) Wir dürfen die Hoffnung hegen, daß wir den Feind niederrücken und daß unser Vaterland unverletzt erhalten bleibt als Hort der Bildung und Kultur, der Pflichterfüllung und treuen Arbeit. (Stürmischer Beifall.)

Wenn dann, wie ich hoffe, zugleich auch die inneren Gegensätze durch das gemeinsam vergessene Blut ihre Schärfe verlieren, dann wird sich der Krieg schließlich noch als ein Segen erweisen und sich auch an uns das alte Bibelwort erfüllen: Ihr gedachtet es böse mit uns zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. v. Pappenheim beantragt, den Etat ohne weiteres der Budgetkommission zu überweisen.

Die Erklärung der Sozialdemokraten.

Abg. Hirsh (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion hält ihren grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt gegenüber der bisherigen Regierungspolitik, die in allen wesentlichen Grundzügen unverändert geblieben ist, aufrecht; sie verzichtet jedoch in dieser ersten Zeit bei der ersten Lesung des Etats auf Erörterungen parteipolemischer Natur. Die vielfachen Wünsche und Beschwerden, zum Teil sehr dringender Art, die sie auch in diesem Jahre wieder zu erheben hat, wird sie in weiterem Verlauf der Etatsberatung zur Sprache bringen. Besonders wird sie auf Abstellung der zahlreichen Mängel dringen, die sich auf den Gebieten der Kriegsfürsorge, der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln, auf dem Felde der Sozialpolitik und in bezug auf die Unterbindung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift unter dem Belagerungszustand gezeigt haben.

Die sozialdemokratische Fraktion kann es aber nicht unterlassen, schon heute und von dieser Stelle aus in der entschiedensten Weise dem Verlangen Ausdruck zu geben, daß die Regierung aus der durch den Krieg geschaffenen Situation

die von den breitesten Volksschichten geforderten unumgänglichen innerpolitischen Folgerungen zieht.

Wir fordern auf das bestimmteste vor allem eine Umkehr der Regierung in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Wir verlangen, daß dem Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen, dem Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften und gegen die freie Jugendbewegung ein Ende gemacht wird. Gegen die politische Unterdrückung nationaler Widerbesten, wie sie in der Dänen- und Polenpolitik ihren Ausdruck findet, erheben wir nach wie vor schärfsten Widerspruch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Grundlage aller politischen Reformen aber muß die

Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts

sein. In der Sitzung vom 22. Oktober v. J. haben wir unser Bedauern ausgesprochen, daß nicht einmal in diesen Tagen, da das ganze Volk und vor allem die breiten Massen der Bevölkerung die schwersten Opfer an Gut und Blut bringen, die Regierung ihre Pflicht erfüllt hat, das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ersetzen, das vom Volke seit langem in unabweisbarster Weise gefordert wird. Die Regierung hat den 22. Oktober vorübergehen lassen,

ohne auch nur ein Wort des Entgegenkommens zu sprechen. Inzwischen sind mehr als drei weitere Monate des schwersten Opfer des gesamten Volkes verstrichen; der bringend erforderliche Wahlrechtsreformentwurf ist nicht vorgelegt, ja nicht einmal angekündigt worden. Um so mehr müssen wir fordern, daß die Regierung wenigstens in der gegenwärtigen Sitzung diese wichtige aller innerpolitischen Aufgaben erfüllt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Am 22. Oktober v. J. sprachen wir die Hoffnung und den heißen Wunsch aus, daß der entsetzliche Krieg, in dem sich die Völker zerfleischen, ein baldiges Ende finden möge. Diese Hoffnung hat sich zu unserer Trauer noch nicht erfüllt. Wir wissen aber, daß dieser Krieg in seinem der beteiligten Länder vom Volke gewollt ist; daß seine Beendigung überall vom Volke ersehnt wird. Wir hegen die Zuversicht, daß die Friedensstimmen in allen kriegsführenden Ländern von Tag zu Tag zahlreicher werden, sich bei den maßgebenden Stellen Geltung verschaffen, und daß unter dem Einfluß des Friedenswillens, insbesondere der Arbeiterklasse aller Länder, ein baldiger gesicherter Frieden zum Heile des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit zustande kommen möge.

Der Ueberweisung des Etats und der mit ihm in Verbindung stehenden Gesetzentwürfe an die verstärkte Budgetkommission stimmen wir zu. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Heydebrand (Konf.):

Im Auftrage der — übrigen Parteien des Hauses habe ich folgendes zu erklären: Auch wir haben Wünsche, Klagen und Beschwerden, wie das der Zusammensetzung des Hauses entspricht, von in sich verschiedener Art, und wir behalten uns vor, diese Beschwerden zur Sprache zu bringen, zu der Zeit und an dem Ort, wo das nach unserer Meinung passend sein wird, in der Kommission, die die Beratung dieser Vorlage übernehmen wird und eventuell auch im Plenum. Aber dieser Augenblick geht jetzt zur Vorbringung derartiger Klagen und Wünsche nicht geeignet. (Sehr richtig! rechts.) Wo wir uns seit Monaten wieder das erstmal in der preussischen Volksvertretung zusammenfinden, wo wir seit dieser Zeit einen Krieg gegen unser preussisches und deutsches Vaterland entseffelt haben, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, einen Exzitanzkrieg, wie er noch nicht da war, in einer solchen Situation erwartet das preussische Volk nicht, daß wir hier einzelne Klagen und Beschwerden vorbringen. (Sehr richtig! rechts.) Das preussische Volk erwartet vielmehr, daß die preussische Volksvertretung dem großen Moment entsprechend handelt. (Lebhafter Beifall bei den übrigen Parteien.) Die jetzige Stunde verlangt von diesem Hause den Beweis, daß die Geschlossenheit des ganzen preussischen Volkes gegenüber dem wütenden Krieg, der sich gegen uns entseffelt hat, ganz dieselbe geblieben ist wie am ersten Tage des Krieges. Das verlangen auch unsere Volksgenossen im Schlachtfelde, wo man keine Klassen kennt, sondern wo man einzig und geschlossen kämpft vom ersten bis zum letzten. (Beifall.) In diesem Augenblick wollen wir von Geschlossenheit und Einigkeit sprechen und nicht davon, was diese oder jene Klasse zu fordern oder anderen vorzuwerfen hat. (Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) In einer Zeit, wo wir sehen, daß unsere Brüder draußen zu Tausenden und aber Tausenden dem Tode gegenüberstehen, unter Kämpfen und Entbehrungen, da müssen wir zeigen, daß auch wir daheim bereit sind, Opfer zu bringen. Das preussische Volk ist bereit, nicht bloß die kleinen Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen, die bis jetzt die Kriegslage herbeigeführt hat, das ist gar nichts! Das preussische Volk ist bereit, dieser Situation gegenüber jedes Opfer zu bringen! (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) — Abg. Liebknecht (Soz.): Sie haben kein Recht, im Namen des Volkes zu sprechen! — Ruhe rechts und bei den Nationalliberalen: Liebknecht! Ruhe! Ruhe!

Auch wir sind Freunde des Friedens, aber es darf sich nicht um einen Frieden um jeden Preis handeln, sondern um einen dauernden Frieden, der die Früchte sichert, die wir für unser preussisches Volk und Vaterland erworben haben. Das ist der Frieden, den wir brauchen. (Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Jetzt handelt es sich um Kampf, um Krieg und Sieg. (Beifall bei den erwähnten Parteien.)

Und was später kommt, ist eine andere Frage.

So bleibt es denn dabei: die Aufgabe dieser Stunde heißt sachliche Arbeit, Pflichterfüllung, Opfer bringen, kämpfen, siegen, einig zusammenstehen! Das ist es, was die Stunde von uns fordert. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ist die erste Lesung damit beendet und der Etat wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Montag, den 15. Februar, 2 Uhr nachmittags: Zweite Lesung des Etats.
Schluß: 3¼ Uhr.

Aus der Partei.

Indiskretionen aus der Reichstagsfraktion.

In verschiedenen Parteizeitungen finden wir mehr oder minder zutreffende Einzelheiten aus der letzten Fraktionstagung wiedergegeben. So soll der Genosse Mühl dem „Dresdener Anzeiger“ mitgeteilt haben, daß in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich mit dem Abgeordneten Liebknecht befaßte, das Verhalten Liebknechts mit 58 zu 33 Stimmen als unvereinbar mit den Interessen der Partei beurteilt wurde. Die öffentliche Erklärung der Fraktion gegen Liebknecht wurde in der Gesamtabstimmung mit 85 zu 28 Stimmen angenommen. Andere Parteiblätter teilten mit, daß der Beschluß der Fraktion, wonach kein Mitglied ohne Zustimmung des Vorstandes

die Ausführung von Ersuchen der Regierung übernehmen dürfe, durch das Verhalten des Genossen Sudekum veranlaßt worden sei. Aber nicht nur einzelne Tatsachen, sondern auch ausführlichere zum Teil recht subjektiv gefärbte Berichte finden sich in einzelnen Parteizeitungen. Wir halten diese Art Berichterstattung aus vertraulichen Beratungen für einen Unfug. Andererseits besteht ein Bedürfnis, ein gewisses Recht der Parteigenossen auf ausreichende Information. Wir stellen es deshalb für sehr angezeigt, wenn der Fraktionsvorstand einen kurzen zusammenfassenden Bericht über die letzte Fraktionstagung der Parteipresse zur Verfügung stellt. Jedenfalls würde sich in Zukunft ein solches Verfahren empfehlen.

Genosse Scheidemann hat der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Zuschrift gesandt: „Aus dem „Vorwärts“ habe ich ersehen, daß Sie an den Bericht des „Hamburger Echo“ über eine von mir jüngst in Ham-

burg gehaltenen Rede kritische Bemerkungen geknüpft haben, zu denen Ihnen meine Rede selbst keinen Anlaß gegeben hätte. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht erst nachzuweisen, daß selbst ein sonst vorzüglicher Bericht, der in sehr zusammenfassender Weise eine einundeinhalbstündige Rede skizziert, weder dem Redner noch dem von ihm behandelten Thema vollkommen gerecht werden kann. Deshalb sind solche Berichte stets „cum grano salis“ zu genießen.

Gestatten Sie mir, wenigstens an zwei Beispielen zu zeigen, daß Sie mir Unrecht getan haben. Ich habe das Wort Spindel durchaus nicht unterschiedslos auf alle Genossen in Anwendung gebracht, die jetzt für die ausländische Parteipresse schreiben. Ich habe mich vielmehr ausdrücklich auf die in Betracht kommenden Erklärungen des Parteivorstandes berufen, die von der gesamten Parteipresse abgedruckt sind. Das Wort Spindel habe ich im Anschluß an einen von mir in jener geschlossenen Mitgliederversammlung vorgetragenen ganz bestimmten Fall gebraucht. Ich wies auf einen am 23. Januar in der „Berner Tagwacht“ abge-

drucken Artikel hin, der „Parabellum“ gezeichnet war. In diesem Artikel wurde der „revolutionäre Teil der deutschen Sozialdemokratie“ zu recht tadelnden Handlungen aufgefordert. „Unter dem Sozialistengesetz“, so führte ich aus, „haben wir Leute, die mit solchen Aufforderungen an die Arbeiter herantraten, als Spitze bezeichnet. Jetzt, im Kriege, liegt die Frage nahe, ob dieser „Parabellum“ nicht im Dienste einer ausländischen Regierung steht. Die Versammlung der ich die Verhandlungen des „Parabellum“ vorgetragen habe, spendete mir allgemeine Zustimmung.“

Dann meine Verurteilung an den „Quertreibern“. Ich warnte vor Illusionen, erklärte, daß ich mich vollkommen frei davon wisse, und wies darauf hin, daß wir erst nach dem Kriege vor die größten Aufgaben gestellt würden. Manche sagten, daß es genau so kommen werde, wie nach 1813 und 1870. Demgegenüber betonte ich, daß es gewiß wieder so kommen könne, nämlich dann, wenn wir uns gegenseitig gerichtslos, anstatt geschlossen und einig den Kampf für eine freibeiwillige Entwicklung aufzunehmen. Das erstere werde der Fall sein, wenn die Quertreiber mit ihrer Tätigkeit Erfolg haben und den geschlossenen Kampf der Arbeiterschaft dadurch vereiteln würden. Was ich unter einem Quertreiber verstehe, hatte ich deutlich genug an einem drastischen Beispiel geschildert.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Wir können zurzeit nicht feststellen, zu was für Handlungen der Genosse Parabellum in der „Berliner Tagwacht“ vom 23. Januar aufgefordert hat, und müssen es dahingestellt sein lassen, ob die Charakterisierung, die Genosse Scheidemann dieser Aufforderung angedeihen läßt, zutrifft. Die Verwendung des Wortes Spitze will uns aber auch in diesem Zusammenhang sehr bedenklich scheinen. Daß die Darstellung, die Genosse Scheidemann über seine Ausführungen betreffend die Aussichten der Partei nach dem Kriege und die Quertreiber gibt, wesentlich von der des Versammlungsberichts abweicht, vermögen wir nicht zu erkennen.“

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.

Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin, eine Broschüre, in der alle zurzeit vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen über die Kriegsvorsorge übersichtlich und allgemein verständlich dargelegt sind. Selbst Aufschlüsse über den Nachlass, über die Besteuerung und Pfändung fehlen nicht. Das Heft ist zu dem Preise von 30 Pf. erhältlich.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 145 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Generalkommando des 30. Armeekorps.
- Stab der 86. Inf.-Brig.; 3. und 5. Garde-Reg.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Reg. Augusta; Garde-Pf.-Reg.; Gren.-hgw. Inf.-hgw. Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 17, 25, 28, 29, 35, 37, 43, 49, 55, 66, 72, 74, 77, 84 (siehe auch lomb. Inf.-Reg. v. Weber), 96, 97, 99, 113, 116, 117, 130, 131, 132, 135, 136, 137, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 157, 158, 160, 161, 168, 169, 172, 173, 174, 175; Komb. Inf.-Reg.-n. Weber; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 10, 15, 19, 20, 28, 36, 38, 39, 40, 65, 66, 73, 74, 76, 79, 80, 110, 130, 205, 207, 209, 216, 218, 219, 231, 236, 238; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 7, 9, 13, 17, 18, 20, 27, 40, 48, 73, 76, 116; Landw.-Erf.-Bat. Aulm; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 5, 15, 26, 29, 55; Landst.-Bataillone Alkenstein I. II. Essen, II. Freiburg, Konig, I. Scharlouis; Jäger-Bataillone Nr. 11, 14; Festungs- und Maschinengew.-Abt. Nr. 9 (Sdln).
- Kürassiere Nr. 2; Gren. zu Pferde Nr. 3; Drag. Nr. 16; Manen Nr. 3, 5, 9, 15; Ref.-Manen Nr. 6; Jäger zu Pferde Nr. 8, 12.
- Feldart.-Regimenter Nr. 9, 11, 16, 22, 38, 42, 44, 45, 46, 53, 57, 60, 69, 70, 75, 80, 82, 84; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 15.
- 2. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 3, 16, 30; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 8, 15; Wärfel-Reg. Nr. 12.
- Bion.-Regimenter Nr. 18, 19, 23, 24, 29, 30; Bion.-Bataillone: II. Nr. 4, I. Nr. 8, II. Nr. 11, Nr. 14, I. und II. Nr. 16, I. Nr. 17; 51. und 55. Ref.-Bion.-Komp.; 1. Landw.-Bion.-Komp. des 2. und 13. Armeekorps; 2. Landw.-Bion.-Komp. des 14. Armeekorps; Schwere Pflanzwerkst.-Abt. des 18. Referatskorps.
- Kernpredigt. des 16. Armeekorps; Luftschiffer-Erf.-Abt. Ref.-Inf.-Munitionslot. Nr. 25 des 4. Referatskorps.
- Rechtungsbaukomp. Nr. 23; Landst.-Arbeiter-Kompagnie Berlin II. Ref.-San.-Komp. Nr. 43 des 22. Referatskorps; Feldlazarett Nr. 5 des 20. Armeekorps; Ref.-Lazarett des 21. Armeekorps und Ref.-Lazarett Ostrowo.
- Fußpark-Batterie Nr. 5 des 10. Armeekorps.

- Die bayerische Verlustliste Nr. 150 meldet Verluste des 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Inf.-Regiments; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 5, 6; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 7, 10; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4; 8. Chevaulegers-Reg.; 2. und 8. Feldart.-Reg.; 3. Fußart.-Reg.; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 2; Bion.-Reg.; 3. Bion.-Bat.
- Verluste infolge Krankheit.
- Berichtigungen früherer Verlustlisten.
- Die sächsische Verlustliste Nr. 105 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 102, 107, 108, 133, 139, 177, 178, 181; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 100, 242; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 107, 183; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 5; Landw.-Erf.-Bat. Nr. 47; Jäger-Bat. Nr. 13.
- Feldart.-Regimenter Nr. 12, 28, 32, 64, 68, 77, 78.
- Fußart.-Regimenter Nr. 12, 10; Erf.-Bat. des Fußart.-Reg. Nr. 12.
- Bion.-Bataillone I. Nr. 12, II. Nr. 12; Ref.-Bion.-Komp. Nr. 54.
- Die württembergische Verlustliste Nr. 112 veröffentlicht Verluste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 51; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Inf.-Reg. Nr. 125; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246.
- I. Erf.-Abt. des Feldart.-Reg. Nr. 20; Feldart.-Reg. Nr. 65. I. Pionier-Bat. Nr. 13.
- Verluste durch Krankheiten.

Gewerkschaftliches.

Aufhebung der Freizügigkeit?

Die vor acht Tagen abgebrochene Versammlung der Revolverdreher, über die wir am Mittwoch berichteten, fand am Sonntag ihre Fortsetzung. Im Mittelpunkt der Debatte stand eine Verfügung der Feldzeugmeisterei, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Feldzeugmeisterei.

Berlin, den 11. Januar 1915.

Nr. 1800. 1. 15. A. II.

Infolge der durch den Mangel an Arbeitskräften und die umfangreichen Bestellungen für Seereschiffe herbeigeführten Nachfrage nach Arbeitern hat der Arbeiterwechsel bei den mit Staatsaufträgen beschäftigten Firmen eine ungesunde Steigerung erfahren. Hierdurch wird sowohl die rechtzeitige Fertigstellung der der Industrie erteilten Aufträge

in Frage gestellt als auch die Leistungsfähigkeit überhaupt sehr erheblich beeinträchtigt.

Da es in dieser ernsten Zeit unbedingt nötig ist, daß neben den großen Leistungen der im Felde stehenden Mannschaften auch jede einzelne Arbeitskraft im Lande voll zur Ausnutzung kommt, sieht sich die Feldzeugmeisterei veranlaßt, die Firmen Groß-Berlins, welche Kriegsaufträge erhalten haben, zu ersuchen, Arbeiter, die bisher schon an Lieferungen für Heer und Flotte gearbeitet haben, in ihre Betriebe nur dann einzustellen, wenn sie neben ihrer gewöhnlichen Abgangsbefreiung einen schriftlichen Ausweis ihres bisherigen Arbeitgebers darüber beibringen, daß ihr Austritt aus seinem Betriebe und ihr Wiedereintritt in einen anderen Betrieb mit seiner Zustimmung erfolgt.

Um den Arbeitern Zeitersparnisse zu ersparen, werden die Firmen weiter ersucht, den aus ihren Betrieben austretenden Arbeitern, falls dieser Austritt mit dem Einverständnis der Firma erfolgt, sogleich beim Abgange eine diesbezügliche Bescheinigung auszustellen. Etwaigen Unterlieferanten in Groß-Berlin ist die Befolgung der gleichen Maßnahme ebenfalls zur Pflicht zu machen.

Die Feldzeugmeisterei wird die Erteilung weiterer Aufträge an sie von der genauen Befolgung dieses Erfordernisses abhängig machen.

Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen von den Arbeitern berechtigte Klagen über zu niedrige Verdienste bei den Arbeitgebern erhoben werden, diese mit dem, dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitssinn geprüft und gegebenenfalls abgestellt werden.

ges. Franke.

Generalleutnant und Feldzeugmeister."

Die hervorgehobenen Teile sind in der Verfügung nicht befördert gekennzeichnet. Wir haben es getan, weil die Betriebe aus leicht erkennbaren Gründen ihren Arbeitern nur den eingerückten Teil des Schreibens von „Da es . . . bis . . . Zustimmung erfolgt“ durch Anschlag bekanntgegeben, den letzten von uns durch Sperrdruck ausgezeichneten Passus aber für sich behalten haben. Natürlich sind von der Organisationsleitung sofort Schritte unternommen, um die Feldzeugmeisterei durch die Vorlage von zutreffendem Tatsachenmaterial zur Zurücknahme der sehr harten Maßnahmen zu bewegen.

In der Versammlung wurden diese bemerkenswerten Ausführungen durch Mitteilungen weiterer Details ergänzt, aus denen hervorging, in welcher eigenartiger Weise obiges Schreiben ausgenutzt wird, um Arbeiter vor dem Wechsel ihrer Arbeitsstelle abzuschrecken. So lag z. B. folgendes Schreiben vor:

Berlin B., den 30. 1. 15
Lützowstr. 6.

Fritz Werner

Maschinen- und Werkzeugfabrik.

Hierdurch bescheinige ich dem Dreher S . . . S . . . daß derselbe auf eigenen Wunsch, angeblich weil er die Nachtschicht nicht vertragen kann, die Arbeit niedergelegt hat. Sonst nicht mit meiner Genehmigung.

Stempel

Unterschrift.

Anderer Betriebe wiederum schiden Arbeiter, die nicht willfährig genug sind, mit Meldeformularen zum Bezirkskommando. So die Firma **Vergmann**, die ihre Arbeiter zwingt, an Feiertagen zu arbeiten, kurze Zeit darauf aber den Betrieb der Inventur wegen auf mehrere Tage ruhen läßt. Die Firma **Vorrig** verweigert den von der Feldzeugmeisterei vorgeschriebenen Schein, weil der Arbeiter „bietet noch einmal“ für Kriegslieferungen in Frage kommen könnte! Und so fort in endloser Reihe. Eine starke Erregung trat gegen die Verfügung und vor allem gegen deren Mißbrauch durch die Unternehmer in der Versammlung unbenkenbar zutage.

Im Verlauf der Aussprache ergriff auch **Cohen** das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

„Die Militärbehörde hat zweifellos den ersten Willen gehabt, neben der Sicherstellung der rechtzeitigen Herstellung des Militärbedarfs auch den begründeten Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden. Sie wird aber gar nicht in der Lage sein, ihre Absichten durchzuführen, weil eine Reihe Unternehmer selbst jetzt während des Krieges den Arbeitern Gleichberechtigung nicht zuerkennen. Das Bestreben der Arbeiter, höhere Löhne zu erzielen, ist aber gerechtfertigt durch die enorme Steigerung aller Lebensmittelpreise, aber auch durch die Tatsache, daß die Unternehmer glänzende Gewinne erzielen.“

Schon im vorigen Herbst haben die Metallindustriellen untereinander ein Abkommen getroffen gehabt, Arbeiter, die aus anderen Betrieben kommen, nicht einzustellen. Da aber vielfach die Ansicht vorherrschte: „Wer das Abkommen hält, ist der Dumme“, trat seine Wirkung nicht in Erscheinung. Deshalb wandte man sich an die Behörden. Durch die Verfügung wird den Arbeitern die Freizügigkeit, dieses elementarste ihrer Rechte, genommen (Verhaftet! „Sehr richtig!“). Vor ihrem Erlaß wurden Vertreter der Arbeiterschaft nicht gehört.“

Ich habe bei den Verhandlungen im Ministerium erklärt, daß wir auf Grund unserer Erfahrungen keine Milderung, sondern die Beseitigung dieser Verfügung wünschen. Es ist bescheiden für die Unternehmer, daß sie nur einen Teil der Verfügung veröffentlichen, den wichtigsten Schlüsselpassus aber völlig weglassen. Die Firma **Schwarzlopp** hat sogar den Ausgang schwarz-weiß-rot umrahmt, um damit besser auf ihre Arbeiter einzuwirken. Auf unsere Anregung, eine Stelle zu schaffen, bei welcher Differenzen ausgeglichen werden können, und auf mein Ersuchen, um recht bald die Stellungnahme der Militärbehörde zur Zurücknahme der Verfügung mitzuteilen, ist bisher noch keine Antwort ergangen.

Am 10. März wird der Reichstag zusammenzutreten und, sollte all unser Bemühen hinsichtlich der Beseitigung der Verfügung vergeblich sein, dann wird dort die Sache besprochen werden müssen. Die Maßnahmen der Unternehmer zwingen uns zu entschiedener Stellungnahme.“ (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß nahm die Versammlung einmütig folgende aus ihrer Mitte gestellte Resolution an:

„Die Brandenburger Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher erblickt in der Verfügung der Feldzeugmeisterei eine Aufhebung jeglicher Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Verfügung konnte nur erlassen werden auf Grund falscher Berichte der Unternehmer. Die Versammlung ersucht die Ortsverwaltung, alles zu unternehmen, um eine Zurücknahme der Verfügung zu erwirken.“

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Bäcker im Jahre 1914.

Das Kriegsjahr 1914, das allen Organisationen große Opfer auferlegte, hat auch dem Zentralverbande der Bäcker einen beträchtlichen Teil seiner Mitglieder gekostet. Immerhin hat diese Organisation verhältnismäßig noch recht gut abgehalten, obgleich gerade aus den Reihen ihrer männlichen Mitglieder — den Bestand am Ende des II. Quartals in Rechnung gestellt — 51,95 Proz. zu den Zahlen einberufen wurden. Der Verband zählte zu Jahresbeginn 24 095 männliche, 4639 weibliche, zusammen 28 734 Mitglieder. Am Jahresende hatte er verloren 9214 männliche (38,24 Proz.), 1886 weibliche (42,65 Proz.), zusammen 11 100 (38,95 Proz.). Sein Bestand setzte sich am 31. Dezember 1914 also zusammen aus 14 881 männlichen,

2673 weiblichen, zusammen 17 554 Mitgliedern. Da jedoch zum Militär 13 018 Mitglieder eingezogen wurden, ergibt sich noch ein Gewinn von 3799 männlichen Mitgliedern, der durch eine rege Agitation während der Kriegsmomente erzielt wurde. Wenn nicht bedauerlicherweise ein außerordentlicher Verlust an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen gewesen wäre, würde der Verband jedenfalls proportional am wenigsten von allen deutschen Gewerkschaftsorganisationen eingebüßt haben. Dieser Verlust ist auf die in den ersten sechs Kriegswochen erfolgte Zahlung der Schokoladen- und Süßwarenbeiträge zurückzuführen. Die damals herrschende Knappheit, die Unmöglichkeit, ob die Verbände ihre Leistungsfähigkeit würden beibehalten können, wirkte gerade in den Reihen der Arbeiterinnen am schlimmsten, und als die Betriebe wieder langsam ihre Produktion aufnahmen, waren große Schwere nicht mehr zu bewegen, die fälligen Beiträge nachzuschicken oder gleich wieder der Organisation beizutreten. Die 17 554 Mitglieder, die dem Verbande am Jahresschluß verblieben, setzen sich nach den verschiedenen Berufsgruppen wie folgt zusammen: Bäcker 12 200 — 69,5 Proz.; gelernte Konditoren 1033 — 6 Proz.; Hilfsarbeiter 1448 — 8,3 Proz.; Arbeiterinnen 2673 — 15,2 Proz.; Zehrlinge 180 — 1 Proz.

Finanziell ist das Ergebnis des Jahres 1914 noch günstiger zu nennen. Außer der großen Arbeitslosigkeit in der Fabrikbranche war bis Ende des Jahres, wo die Rohstoffbeschaffung für die Bäckereibetriebe anfangs größere Schwierigkeiten zu machen, von einer größeren Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern nicht viel die Rede. Die Organisationsleitung hatte insulogebenen auch nicht nötig, die Unterstützung für Arbeitslose einzufordern. Nur die Krankenunterstützung wurde für ledige Mitglieder aufgehoben und für verheiratete auf die Hälfte herabgesetzt. Dafür konnte aber den Familien der im Felde stehenden Kollegen ab September eine monatliche Unterstützung von 10 Mark gezahlt werden. Trotz der hohen Unterstufungen — sie beliefen sich insgesamt auf 300 187 M. und 87 078,25 M. für Gemahrgeliebte und Streikunterstützungen — hatten die Hauptkassen am Jahresabschluss gegenüber dem Vorjahre einen Mehrbestand von 9127 M. und die Lokalkassen einen solchen von 2543 M. Der Gesamtbestand betrug in der Hauptkasse 381 018 M., in den Lokalkassen 80 574 M., zusammen 461 593 M.

Die Zahl der Lohnbewegungen war kaum halb so groß als im Vorjahre. Die Zahl der daran beteiligten Personen war allerdings nicht viel geringer, weil im Berichtsjahre der Tarif mit den Konsumgenossenschaften zur Erneuerung kam. Insgesamt wurden 45 Bewegungen an 45 Orten in 1088 Betrieben geführt. Direkt beteiligt waren 4528 Personen. Bewegungen mit 161 Beteiligten führten zum Streik, 41 Bewegungen mit 4346 Personen endigten mit vollem Erfolge.

Der Verband hat also bis jetzt den Stürmen der Kriegszeit gut widerstanden, die größten Schwierigkeiten sind ihm allerdings erst gegen Ende des Jahres und durch die neuesten Bäckereiverordnungen erwachsen, aber er hat die Inverpflicht, daß die Pflichttreue seiner Mitglieder auch ferner durchhält. Gegenwärtig arbeitet er mit aller Kraft, um die Garantien zu schaffen, daß die Aufhebung der Nachtarbeit eine dauernde bleibt.

Arbeitszeit in Fleischerereien.

Durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidiums ist in Fleischerereien bis auf weiteres Sonntagsarbeit von 7 bis 12 Uhr vor-mittags erlaubt.

Für diejenigen Fleischerereien und Wurstfabriken, wo die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind, bleiben die Bestimmungen über Sonntagsarbeit selbstverständlich bestehen. In den Betrieben, wo Sonntagsarbeit bezw. Mehrarbeit verlangt wird, sind die vereinbarten Zuschläge zu zahlen. Alle Verträge gegen die tariflichen Vereinbarungen sind sofort der Verbandsleitung zu melden. An alle Mitglieder und Fleischergehilfen richten wir das dringende Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Sonntagsarbeit nicht über das Bedürfnis angehebt wird. In den meisten Betrieben wird man die festgesetzte Zeit nicht unbedingt gebrauchen.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Ausland.

Englische Arbeiterbewegung.

Während in West-Yorkshire die Kohlenarbeiter in den Ausstand zu treten drohen, hat die englische Heeresverwaltung noch mit einem anderen Streik zu rechnen, der weit unangenehmer zu werden scheint. In Leeds, dem Hauptindustriecentrum für Kohlenstoffe, drohen 36 000 Arbeiterinnen mit dem Streik. Seit dem 18. Januar wird bereits mit den Arbeiterinnen unterhandelt. Das hat jedoch bisher zu keinem Resultat geführt, und am Montag wurden die Unterhandlungen abgebrochen. Im Rathaus wird eine Postenversammlung der Arbeiterinnen stattfinden, die über die Frage abstimmen soll, ob sofort der Streik stattfinden soll oder ob den Arbeitgebern noch eine Frist zu stellen ist. Die Vorräte an Kohle sind außerordentlich knapp und machen der englischen Intendantur jetzt schon genügend Kopfschmerzen.

Arbeitslosigkeit in Australien.

Nach der soeben erschienenen amtlichen Statistik hat die Arbeitslosigkeit in Australien ebenfalls stark zugenommen. Sie betrug am Schluß des 3. Quartals 1914 in

Wahlkreis	Mittgliederzahl der be-richtigten Gesamt-kosten	Arbeitslos insgesamt	Zunahme seit dem 2. Quartal	
			in Proz.	in Absolut.
Westaustralien . . .	23 150	2 128	9,2	2,9
Neu-Süd-Wales . . .	125 022	11 674	9,3	3,5
Viktoria	86 885	9 827	11,3	6,1
Süd-Australien . . .	20 839	2 772	13,6	6,3
Tasmanien	4 657	624	13,4	7,4
Queensland	23 461	3 842	14,3	10,0
Australischer Staaten-bund	283 584	30 367	10,7	5,0
Zusammen	567 098	60 734	11,7	5,9

Die Unterstützung für Arbeitslose im Buchdruckerverbände be-treffert sich in den vier ersten Kriegsmonaten genau auf 2 005 827,55 Mark. Der November mit 279 318,30 M. erforderte die wenigsten, der September mit 683 824,15 M. die höchsten Ausgaben für diesen Zweck. Die von den Gauen geleiteten Zuschüsse sind hierbei nicht eingerechnet. Da die vier Parallelmonate von 1913 die Summe von 646 012,70 M. erforderten, so hätte sich vom August bis November 1914 eine Mehrausgabe von 1 359 814,85 M. notwendig gemacht. Der Krieg hat aber eine doppelte Wirkung auf die Verbandskasse: die Ausgaben steigen gewaltig, die Einnahmen indes weisen einen ganz bedeutenden Ausfall auf.

Jugendbewegung.

Kriegsstunden in Fortbildungsschulen.

Der Berliner Lokal-Anzeiger weist zu melden, daß der Handelsminister für sämtliche preussische Fortbildungsschulen und ähnliche Anstalten für die Dauer des Krieges „einen vertieften aktuellen staatsbürgerlichen Unterricht“ angeordnet habe. Für die Klassen, die dieses Verbot bisher nicht führten, soll die Zeit für den neuen Lehrstoff durch Kürzung anderer Fächer gewonnen werden.

Das Landesgewerbeamt habe als Hilfsmittel für diesen Spezialunterricht ein Handbuch für Lehrer herausgegeben mit einer Sammlung von Monographien, die den Krieg unter dem Gesichtspunkte

des Rechts, der Nationalwirtschaft, der Hygiene und der Wehrpflicht behandelten.

Die berufliche Ausbildung der Lehrlinge erleidet durch den Krieg schon an sich großen Schaden. Es läge nicht im Interesse der Volkswirtschaft, wenn der sachliche Unterricht auch noch in den Fortbildungsschulen eine Einschränkung erfähre.

Aus Industrie und Handel.

Die Spirituszentrale in 1913/14.

Mit einer durch den Krieg verschuldeten Verspätung von mehreren Wochen legt die Spirituszentrale jetzt den Bericht für das am 15. September beendete Geschäftsjahr 1913/14 vor. Die Zufuhr betrug danach im Berichtsjahr 837 Millionen Liter und der Absatz 292 Millionen Liter. Der Jahresdurchschnittspreis für den Brenner ist auf 51 M. 50⁰⁰/100 Pf. festgesetzt worden. Der Geschäftsgang gestaltete sich bis Kriegsausbruch, nach dem durch die letzten Steuergesetze sehr herabgedrückten Maßstab für Erzeugung und Verbrauch beurteilt, regelmäßig. In den ersten Kriegsmontaten August und September trat unter der Wirkung behördlicher Anordnungen und der allgemeinen Versandbeschränkungen ein Rückschlag im Branntweinverbrauch ein. Sichere Riffen fehlen für diesen Zeitabschnitt, da die amtliche Statistik seit Ende August eingestellt ist.

Der Trinkverbrauch hielt sich bis Ende Juli etwa auf der Höhe des Vorjahres. Im August verringerte sich der Absatz um 8 Millionen Liter und auch im September verblieb ein Minderbedarf von 4 Millionen Liter. Während der Mobilmachung wurde der Trinkverbrauch durch die Behörden einer starken Einschränkung unterworfen. Ähnliche Verordnungen wurden auch noch später im Innern des Reiches vereinzelt in Kraft gelassen. In den militärisch stark besetzten Grenzbezirken, zumal in Oberschlesien und im rheinisch-westfälischen Bergvertriebsgebiete, unterlag der Branntweinverkauf einer fast ununterbrochenen Sperre.

Der gewerbliche Absatz unterstand vom August ab verhältnismäßig Enklüssen. Die auf Ausfuhr angelegene chemisch-technische Großindustrie schränkte ihre Bezüge ein. Auch die Nachfrage nach Brennspiritus im Lande minderte sich, zum Teil infolge der Verkehrserschwerungen, die sich namentlich auch durch den Mangel an Gespannen und Arbeitskräften für die Versorgung des flachen Landes bemerkbar machten. Andererseits entwickelte sich ein außerordentlich reger Bedarf für Heereszwecke. Besonders waren die Pulver- und Ketcherfabriken weit über das gewollte Maß beschäftigt. Auch die Abkühlung der Benzindampfer führte zu verstärkter Nachfrage nach alkoholischen vergällten Branntwein für motorische Zwecke. Der gesamte gewerbliche Verbrauch zeigte bis zum Juli eine leichte Steigerung, die aber durch den Rückschlag in den Monaten August und September mehr als ausgeglichen wird.

Gewisse Besorgnisse, die für die bei Ausbruch des Krieges in den öffentlichen Grenzbezirken Lagernden Vorräte vorzerrückten, verwirklicht haben sich nicht. Im ganzen sind dem Eindringen des Feindes 30 000 Liter Spiritus zum Opfer gefallen. Eine merkliche Verringerung erfährt die Tätigkeit der Reinigungsanstalten.

In einem Ausblick auf das neue Geschäftsjahr wird auf den Minderertrag der diesjährigen Kartoffelernte und demgegenüber auf die weitaus erhöhte Bedeutung der Kartoffel für den Volkshaushalt als Ersatz von ausländischen Getreide- und Futtermitteln verwiesen. Zur Schonung der Kartoffel- und Getreidevorräte und in Rücksicht auf die belangreichen Vorräte ist der Durchschnittsbedarf für das kommende Jahr vorerst auf 60 Prozent eingeschränkt worden.

Die im neuen Jahr vorgenommenen bedeutenden Preis-erhöhungen begründet der Bericht wie folgt: Die Zufuhren blieben bisher noch weit unter dem hieraus gegründeten Vorratslage preis. Demgegenüber hat der Verbrauch seit Beginn des neuen Geschäftsjahres einen überaus kräftigen Aufschwung genommen. Die Nachfrage ist für Trinkzwecke, dabei nicht zum wenigsten zur Versorgung der Truppen im Felde, merklich gestiegen. Der gewerbliche Verbrauch stellt fortwährend große Ansprüche. Unter diesen Verhältnissen bedarf der Brennerbereich einer nachhaltigen Anregung. Der Abschlagspreis, der ursprünglich imverändert auf 60 M., wenn auch mit Einrechnung einer höheren Nachzahlung, die dem Mehrwert der Kartoffeln genüge leisten sollte, belassen wurde, hat seitdem eine Erhöhung auf 54 M. erfahren. Die Verkaufspreise wuchsen dieser Steigerung folgen und hatten außerdem die Verringerung der Einnahmen an Betriebsaufgabe, die auf vergällten Branntwein im vorigen Jahre mit durchschnittlich 28 M., jetzt nur mit 21 M., gewährt wird, aufzubringen. Hieraus ergab sich eine zweimalige Erhöhung von 62,50 M. auf 69 M. und neuerdings auf 75 M. für Primärsprit frei Berlin. Auch der Preis für den großgewerblich verbrauchten vergällten Branntwein wurde um 3 M. höher erneut um 4 M. heraufgesetzt, während Brennspiritus in Flaschen eine einmalige Steigerung um 3 Pf. für das Liter erfahren hat.

Der Seehandel der Völker.

Im vorigen Jahre gab der Leiter des statistischen Amtes von Antwerpen, Friedrich Peles, eine Zusammenstellung des Schiffsverkehrs in den größten Seehäfen der Welt. Sie betrifft das Jahr 1913 und erstreckt sich über die Anzahl der Schiffe und ihrer Gesamttonnage:

Hafen	Anzahl Schiffe	Tonnen
Antwerpen	6 078	13 761 591
New York	4 014	13 673 765
Hamburg	15 774	13 567 918
Rotterdam	10 208	12 094 000
London	9 152	11 043 318
Newcastle	13 075	10 907 815
Liverpool	3 543	9 833 400
Colombo	3 044	9 838 322
Nagler	6 491	9 204 951
Buenos Aires	9 177	7 962 034

Diesen Daten folgen Marseille, Neapel, Genua, Cardiff, Gibraltar, Hull, Valparaiso auf der Insel Malta, Kobe in Japan, Southampton, Bremen, Triest, Kopenhagen usw. Peters konnte nicht für alle Häfen die Zahlen von 1913 erhalten; er mußte auf die Jahre 1912, ja auf 1911 oder auf die Jahre 1912/13 zurückgreifen. So hatte Hongkong im Jahre 1911 einen Schiffsverkehr von 22 875 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 11 633 429 Tonnen aufzuweisen. Wer weiß, ob der Verkehr sich bis zum Jahre 1913 in diesem Maße nicht so gesteigert hat, daß er den Verkehr in den größten europäischen Häfen übersteigt? Lissabon hatte im Jahre 1911 einen Verkehr von 3191 Schiffen mit 8 122 531 Tonnen, Schanghai einen solchen von 10 472 Schiffen mit 9 126 392 Tonnen; Montevideo mit 4703 Schiffen und 8 167 027 Tonnen. Auch diese Häfen werden bis zum Jahre 1913 eine Steigerung ihres Schiffsverkehrs erfahren haben.

Die Dardanellen haben in den Jahren 1910 bis 1911 85 444 Schiffe mit 19 708 314 Tonnen Gehalt passiert.

Dieser gewaltige internationale Schiffs- und Handelsverkehr gibt zugleich ein Bild von den Beziehungen der Völker in den Zeiten des Friedens. Der Krieg hat unzweifelhaft in diese ungesicherte Störungen hineingebracht, deren Folgen zu überwinden es jahrelanger Friedensarbeit bedürfen wird.

Soziales.

Verklammerung von Renten der Kriegsteilnehmer.

Durch Kundmachung des Reichsversicherungsamts vom 10. August 1914 an die Vorstände der Berufsgenossenschaften sind dieselben u. a. aufgefordert worden:

„Die Herabsetzung und Aufhebung von Renten ist, abgesehen von besonderen Einzelfällen, auf die Dauer von zunächst drei Monate zu unterlassen.“

Diesem Erlaß sind die Berufsgenossenschaften schon während der ersten drei Monate nach Ausbruch des Krieges nicht immer nachgekommen; indessen kann konstatiert werden, daß sich die Genossenschaften im allgemeinen danach richteten.

Knapp aber waren die ersten drei Monate verstrichen, als man in einzelnen Berufsgenossenschaften bemüht schien, das Verfaulende nachzuholen und mit Rentenentziehungs- und Aufhebungsbescheiden die Verletzten beglückte. Wenn bei einem Verletzten durch den Krieg eine Veränderung seiner wirtschaftlichen Position nicht eingetreten ist, mag man es schließlich verständlich finden, wenn verurteilt wird, die Geschäfte der Genossenschaften wieder in geregelte Bahnen — wie vor Ausbruch des Krieges zu bringen. Durchaus zu verurteilen aber ist, wenn Genossenschaften selbst die zu den Zahlen einberufenen Verletzten nicht mit Aufhebungsbescheiden versehen, vielmehr dem Verletzten derartige Bescheide nach dem Garnisonsort nachsenden.

Eine solche Liebesgabe kann eine Freundschaft bei dem Kriegsteilnehmer nicht aufbauen! Wie soll er sich der Verkümmern seiner Rechte erwehren?

Ein solches Vorgehen von Genossenschaften ist mit dem Kundmachung des Reichsversicherungsamts schwer in Einklang zu bringen. Das Reichsversicherungsamt hat ausdrücklich erklärt, daß die Aufhebungsbescheide auf zunächst drei Monate zu unterbleiben haben. Damit sollte doch ausgesprochen werden, daß an Verletzte, die nach drei Monaten zu den Zahlen eingezogen werden, auch die Rente weiter zu zahlen ist. Diese Anordnung wäre als eine durchaus soziale zu begrüßen. Vielleicht greift auch hier wiederum das Reichsversicherungsamt ein und erläßt ein weiteres Rundschreiben. Die Vasten, die dadurch die Genossenschaften zu tragen hätten, können nicht so hohe sein, daß sie eine Beunruhigung unserer im Felde stehenden Kriegsteilnehmer rechtfertigen könnten.

Der Segen des Prämienstems.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für besonders geeignet, das Prämienlohnstems zu propagieren. Einen, in ihrer Nummer vom 7. Februar veröffentlichten Artikel, in welchem sich ein Ingenieur Hermann Weber über „Praktische Ergebnisse mit dem Prämienlohnstems“ äußert, ist eine Fußnote angehängt, die auf die Wichtigkeit dieses Themas hinweist. „Wohl leicht und vorwiegend auch für die Zukunft an die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse besondere Anforderungen gestellt werden müssen.“ Es ist anzunehmen, daß die auf dieser Stelle gegebenen Anregungen bei den Unternehmern gesteigerte Beachtung finden werden. Die Vorteile des Prämienlohnstems für den Unternehmer sind ins Auge fallend, für den Arbeiter bedeutet dieses System aber einen sehr zweifelhaften Gewinn. Es ist deshalb nicht überflüssig, wenn sich auch die Arbeiter immer wieder mit diesem Gegenstand beschäftigen.

Der Gewerkschaftsmann der „Arbeiter-Zeitung“ gibt zunächst einige Wünsche für die Durchführung des Systems. Es sei nicht zweckmäßig, damit bei Arbeitern zu beginnen, die schon sehr lang ein- und dieselbe Arbeit ausüben; zweckmäßiger sei es, jüngere, intelligentere Kräfte zur erstmaligen Anwendung des Prämienstems heranzuziehen. Einen Hinweis auf die Qualität der für den erstmaligen Versuch geeigneten Arbeitskräfte gibt auch der Satz, nach welchem der Widerstand besonders der organisierten Arbeiterschaft der Hauptgrund dafür ist, daß das Prämienstems nicht mehr durchdringt.

Der bedeutende Nutzen, den dieses System bringe, wird an der Hand eines Beispiels aus der Praxis sinnenförmig erläutert. In der Dachziegelherstellung einer Kunstziegelwerkstatt wurde das Prämienstems eingeführt. Wieder wurden dem Dachziegelschläger, dessen regulärer Stundenlohn 30 Pf. betrug, für 1000 Steine ein Akkordpreis von 23 Mark festgesetzt. Er brachte für diese Arbeit in der Regel 66 bis 67 Arbeitsstunden und verdiente dabei 34 bis 35 Pf. die Stunde. Das Wesen des Prämienstems besteht darin, daß für jede Arbeit die zur Herstellung erforderliche Stundenzahl festgesetzt, „verakkordiert“ wird. Der Arbeiter erhält zunächst den Lohn für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, auch dann, wenn er mehr Zeit brauchen sollte als verakkordiert worden war. In diesem Falle wird er allerdings bei der nächsten Gelegenheit an die Luft gesetzt werden, doch ist es nicht zweckmäßig, diesen Gedanken bei der Propaganda für das Prämienstems offen auszusprechen. Um so weniger, als der Arbeiter, der für diese Methode, sein Einkommen zu erhöhen, eingegangen ist, alles aufbieten wird, mit weniger als der „akkordierten“ Stundenzahl auszukommen. In diesem Falle winkt ihm nämlich die „Prämie“ in Gestalt der Hälfte des Lohnes für jede gesparte Stunde, die ihm als Zulage neben dem Stundenlohn gezahlt wird.

Die Berechnungsweise läßt sich an dem Beispiel unseres Dachziegelschlägers leicht klarmachen. Ihm wurde eines Tages „faktisch“ erklärt, daß er 1000 Steine in 54 Stunden herstellen müsse; zugleich wurde sein Stundenlohn auf 35 Pf. festgesetzt. Die Aussicht auf die Prämie bewirkte, daß die Arbeit sogar schon in 47 1/2 Stunden fertiggestellt war. Die Lohnberechnung stellte sich nunmehr wie folgt:

47 1/2 verbrauchte Arbeitsstunden a 35 Pf. = 16,63 M.
6 1/2 gesparte Stunden a 17 1/2 Pf. Prämie 1,14
zusammen 17,77 M.

Der Arbeiter hat also in 47 1/2 Stunden 17,77 Mark verdient oder pro Stunde fast 37 1/2 Pf. (genau 37,4 Pf.). Der Arbeitslohn für 1000 Ziegel war von 23 Mark auf 17,77 Mark vermindert. „Das war“, heißt es in dem Aufsatz, „ein glatter Erfolg des Prämienstems! Der Mann war gebrochen. Die Arbeiterschaft war vernünftig genug, sich diesen Vorteil nicht entgehen zu lassen.“ Die Fabrikleitung hat in der Folge die notwendige Arbeitszeit für 1000 Ziegel immer weiter beschränkt und obwohl der Stundenlohn nach und nach bis auf 40 Pf. erhöht wurde, zahlte sie jetzt als Arbeitslohn für 1000 Ziegel nur noch 15 Mark.

In der Tat, ein Triumph des Prämienlohnstems; es ermöglicht dem Unternehmer, das letzte aus dem Arbeiter herauszuholen. Dieser wird durch die intensive Arbeitsleistung vorzeitig abgenutzt und nur zu bald ist er für die Produktion unbrauchbar. Dafür wurde ihm auch als Lohn — ein Dinsengericht.

Für den Unternehmer ist das Prämienstems allerdings sehr profitabel. Halten wir uns an die mitgeteilten Zahlen des Beispiels: Der Lohn für 1000 Ziegel ist demnach zunächst von 23 Mark auf 17,77 Mark herabgedrückt worden. Der Unternehmer spart 5,23 Mark oder 22,7 Prozent des Arbeitslohnes.

Dank seiner intensiveren Anstrengung hat der Arbeiter eine Arbeit, deren Akkordpreis 23 Mark betrug, in 47 1/2 Stunden fertiggebracht, er hätte also pro Stunde 48,4 Pfennig verdient. Diesen Lohn erhält er aber nicht, sondern nur 37,4 Pfennig. Von seinem Verdienst ist ihm also pro Stunde 10 Pfennig abgesogen worden, trotzdem macht ihm der Unternehmer weis, daß er mehr verdient habe. Denn er bekommt ja nun 37,4 Pf. statt früher nur 34,8 Pf. pro Stunde; in der Zeit nämlich, als er noch 66 Stunden für die gleiche Arbeit brauchte. Selbst wenn man auf die Rechenmethode des Unternehmers eingeht, beträgt der Mehrverdienst des Arbeiters nur 6,9 Prozent, dagegen steigt er den Gewinn des Unternehmers um 22,7 Prozent! Die Arbeiterschaft, die so „vernünftig“ ist auf ein solches Geschäft einzugehen, ist ebenso „vernünftig“ wie der Hund in der Fabel, der nach seinem Spiegelbild im Wasser schnappt und dabei das Stück Fleisch verliert, das er im Raule hatte.

Was man Arbeitern bieten kann, die da glauben, auf dem Wege des Prämienlohnstems ihre Lage verbessern zu können, zeigt der letzte Absatz des erwähnten Artikels in der „Arbeiter-Zeitung“. In der in ländlicher Gegend gelegenen Kunstziegelwerkstatt, die mit dem Prämienstems so schöne Erfahrungen gemacht hat, wurde es über empfunden, daß sich viele Arbeiter im Sommer anderer Beschäftigung zuwandten. Um dem vorzubeugen, wurden ab 1. Oktober keine Prämien mehr ausbezahlt. Die Arbeiter wurden durch einen Revolver gezwungen, auf ihren Rechtsanspruch auf die Prämie zu ver-

sichten. Diese wurde tatsächlich auch nur den Arbeitern ausgezahlt, die am 1. Oktober des nächsten Jahres noch bei der Firma waren. — Dieser mit großer Selbstgefälligkeit vorgetragene Fall aus dem praktischen Leben macht es begreiflich, daß man in jenen Kreisen eine solche Abneigung gegen die organisierte Arbeiterschaft hat, die der Einführung eines solchen Prämienstems so harten Widerstand entgegensetzt.

Gerichtszeitung.

Der eingesperrte Gläubiger.

Eine Sache, die eines humoristischen Beigeschmacks nicht entbehre, beschäftigte am Montag das Reichsgericht.

Vom Landgericht Bärth ist am 20. November der Verhaftete Johann Frisch wegen Freiheitsberaubung zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Er schuldet einem gewissen W. aus einem Diebstahl 100 M., hatte aber alle Wohnungen des W., die Schuld zu begleichen, unbesodtet gelassen. Am 21. August hatte W. zufällig erfahren, daß der Angeklagte auf seinem Geschäftsgang einen größeren Geldbetrag eingenommen hatte. Er wartete deshalb in aller Geduld auf seinen Schuldner und hatte die Gelegenheit, ihn kurz vor 10 Uhr abends auf der Straße zu ertappen. Er begann sofort ein lebhaftes Gespräch und trat mit Frisch in dessen zu ebener Erde gelegene Wohnung. Seine Aufforderung, die 100 M. zu bezahlen, schaute der Angeklagte ab. Als W. aber nicht locker ließ, erklärte Frisch, er wolle über die Sache jetzt nicht mehr sprechen und zu Bett gehen, löschte das Licht aus und ging in sein im oberen Stock gelegenes Schlafzimmer, den hartnäckigen Gläubiger im dunkeln Zimmer zurücklassend. Die Haustüre hatte er, wie es im Urteile heißt, vorher verschlossen. W. rüttelte an der Haustür und rief dem Angeklagten zu, er solle ihn hinauslassen. Dieser aber rief von oben hinunter: „Du kannst naus; wenn Du nicht naus kannst, dann kannst Du dableiben.“ Nach einiger Zeit ging dann W. wieder in das Wohnzimmer zurück, öffnete das Fenster und sprang auf die Straße. Das Gericht hat angenommen, daß ihn der Angeklagte widerrechtlich des Gebrauchs seiner Freiheit für einige Zeit beraubt hat. Gemäß der Rechtsprechung wurde angenommen, daß eine Freiheitsberaubung auch dann vorliegt, wenn jemand genötigt wird, ein ungewöhnliches und gefährliches Mittel anzuwenden, um seine Freiheit wieder zu erlangen.

In seiner Revision leitete der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Er habe, als er heimkam, die Haustür wie üblich verschlossen und den Schlüssel haken lassen. Dem unwillkommenen Besuch noch länger Gesellschaft zu leisten, habe er nicht nötig gehabt. W., der durch sein Bleiben sich gewisse Vorteile des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hat, hätte nur nötig gehabt, die Tür aufzuschließen. Der Reichsanwalt erklärte das Urteil in mehrfacher Hinsicht für bedenklich. Nicht ersichtlich sei, wann der Angeklagte die Haustür verschlossen und ob er es in der Absicht getan habe, W. einzusperrern. W. sei zu ganz außergewöhnlicher Nachgiebigkeit bei dem Angeklagten eingetreten, und er habe, wie festgestellt sei, das Zimmer nicht verlassen, obwohl der Angeklagte die Verhandlung beendet wissen wollte. Wenn ein Gläubiger zu so unpassender Stunde komme, um den Schuldner zu drücken, und das Zimmer nicht verläßt, obwohl der Schuldner keine Weigerung hat, sich mit ihm noch zu unterhalten, dann sei fraglich, ob der Schuldner verpflichtet sei, gerade zu der Zeit, wo es ihm am meisten beliebt, hinaus zu wollen, die Haustür zu öffnen. Zur Nachtzeit werde regelmäßig und von Rechts wegen die Haustür versperrt. Wenn W. die Tür verschlossen vorfand, so habe er als verständiger Mann nachsehen müssen, ob der Schlüssel im Schloß stecke oder ob die Tür durch einen Mangel verschlossen war. Das Reichsgericht hielt alle diese Bedenken für begründet, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Ein Messerstecher.

Eine nächtliche Muttat im Tiergarten, bei welcher der im besten Mannesalter stehende Porzellandrehler Wilhelm Lemke von der Hand eines gemeingefährlichen Zuhälters getötet worden war, beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang war der Gelegenheitsarbeiter Bruno Wühlid angeklagt.

Der 28jährige Angeklagte hat seit seiner Lehrzeit nie mehr recht gearbeitet; wenn er einmal nicht gerade im Gefängnis saß, so feilte er sein Leben als Dieb und Zuhälter, und zwar stand er zu Dirnen in Beziehungen, die sich den Tiergarten als Feld ihrer nächtlichen Tätigkeit ausgefüllt hatten. In der Nacht zum 30. Mai v. J. wurden die Porzellandrehler Wilhelm Lemke und Müller auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten von einer Dirne angesprochen, welche dem Spitznamen „Die Charlottenburgerin“ trägt. Bei den notwendigen Verhandlungen entstanden offenbar Differenzen mit dem Mädchen, bei denen plötzlich der Angeklagte, der vermutlich hinter einem Strauch gestanden hatte, auf der Bildfläche erschien. Es kam zu einem Wortwechsel, bei welchem der Angeklagte ein dolchartiges Messer hervorholte und dem L. einen Stich in den Hals versetzte. Der Messerhieb ergriff sofort die Blut- und Leber sich nach in derselben Nacht den Schwurbart abstrakten, um sich unkenntlich zu machen. Der Verletzte wurde in das nächste Krankenhaus geschafft; dort verstarb er kurz nach seiner Entlieferung an Verblutung.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Verlesung mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf 6 Jahre Zuchthaus, da der Angeklagte, wie der Vorsitzende ausführte, ein äußerst gemeingefährliches Individuum sei, vor welchem die menschliche Gesellschaft auf möglichst lange Zeit bewahrt werden müsse.

Kleine Nachrichten.

Ich lese keine Zeitung.

Daß es Menschen gibt, die grundsätzlich keine Zeitung lesen, besätigte eine Verhandlung am Freitag vor dem Breslauer Schöffengericht. Es handelte sich um eine ledere Wäldermeisterwitwe W. aus Stabelwitz, die nichts davon erfahren hat, daß nach der Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1914 das Brot einen bestimmten Kartoffelmehlzusatz haben muß. Durch den Ortsgendarmen wurde nun eines Tages bei der Angeklagten ein Brot beschlagnahmt, das den erforderlichen Kartoffelmehlzusatz nicht hatte. Die Anklage wegen Verletzung der erwähnten Bundesratsverordnung blieb daher nicht aus.

„Es ist kaum glaublich“, sagte zu ihr der Vorsitzende, „jedes Kind weiß doch, daß Brot ohne Kartoffelmehlzusatz jetzt nicht gebacken werden darf, und das wollen Sie nicht gewußt haben? — Wirklich nicht“, erwiderte stolz die Frau, „ich habe im Gegenteil geglaubt, daß ich mich strafbar mache, wenn ich Kartoffelmehl ins Brot neimute, es wird doch davon nicht besser.“ — „Ja, liebe Frau, das hat alles seine Gründe“, entgegnete der Richter, „lesen Sie denn keine Zeitung? Darüber ist doch in den Zeitungen lang und breit geschrieben worden.“ Und nun kam die klassische Antwort: „Ich lese überhaupt keine Zeitung.“ Das Gericht ahndete die Verletzung der Angeklagten mit 6 Mark Geldstrafe.

Unterschlagungen eines Polizeibeamten.

Am Dienstag hatte sich vor dem Potsdamer Schwurgericht der 37 Jahre alte Polizeioberassistent beim Magistrat in Brandenburg Paul Einbrodt wegen Amtsvergehens zu verantworten. Der Angeklagte hat seit 1904 angeblich aus Not, in die er durch seine aus zehn Kindern bestehende Familie geraten sei, in etwa 110 Fällen Portemonnaies, die er als Fundsachen aufbewahren mußte, Beträge

von insgesamt etwa 250 M. entnommen. Außerdem hat er sich in vier Fällen die Stempelvorschriften von Einbürgerungsanträgen in Höhe von 120 M. angeeignet und schließlich in drei Fällen die von Gelehrten erhobenen Gebühren von je 25 M. für die Erlangung von Konzessionen nicht eingetragenen und für sich verwendet. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis.

Parteiveranstaltungen.

Erster Wahlkreis (II. Abteilung.) Gemeinsamer Jahlabend bei Löwe, Holzgartenstr. 6, Charlott. — IV. Abteilung. Heute abend 8^{1/2} Uhr in den Coronaden, Kommandantenstr. 72, Jahlabend. Vortrag des Ehrenredakteur Dr. Ernst Wegner.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt.) Jahlabend: Mittwoch, den 10. Februar, bei Rothemann, Wilhelmstr. 118. — Jahlnacht bei Krüger, Bernauerstr. 63. — Jahlmorgen: Donnerstag, den 11. d. M., bei Krüger: Vortrag des Ehrenleiters über: „Kriegsernährung“. Guten Besuch erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute drei Abteilungsveranstaltungen. 1. 5. 4. Abteilung bei Wölsch, Wassertr. 68: Vortragender Emil Eichhorn. — 2. 8. 9. Abteilung im Gewerkschaftshaus, großer Saal: Vortragender Dr. Rudolf Freilich über: „Thema für beide Verfassungen: „Staats- und völkerrechtliche Stellung Belgien“. — 3. 6. 7. 10. Abteilung bei Wölsch, Seebahnstr. 39: „Die letzten 50 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland“. Vortragender: Dr. D. Dunder.

Charlottenburg. Heute abend 8^{1/2} Uhr findet im Volkshaus, Holzstr. 3, eine Mitgliederversammlung statt, in der Gen. Zuhilfenahme die Bewilligung der Kriegskredite durch unsere Reichstagsfraktion spricht. Die Jahlabende finden in Charlottenburg erst am Mittwoch, den 17. Februar, statt.

Wilmerdorfer. Heute finden folgende Abteilungsveranstaltungen statt: für 1. und 2. Bezirk bei Wölsch, Paulsdorfer, Ecke Seefener Straße 54. Referent: Genosse Hinrichsen. — 3. 4. 5. Bezirk bei Adam, Kämpelstr. 30. Referent: Ruppert. — 6. 7. 8. Bez. bei Schilling, Lauenburger Str. 20. Referent: Genosse Döring. — 9. u. 10. Bez. bei Bauer, Durlacher Straße, Ecke Löhninger Straße. Referent: Gen. Lüdemann.

Teplitz. Heute finden nur Bezirksveranstaltungen statt, für den 8. und 9. Bezirk gemeinsam bei Behne, Dörfelstr. 1, für den 11. und 12. Bezirk bei Jakob, Stephanstr. 9. Die übrigen Bezirke lagen wie immer.

Weißenhof. Der Jahlabend fällt heute aus. Dafür Mitgliederversammlung in Erbes Bauereck, Berliner Allee 211/213. Vortrag des Gen. Straß: „Kriegskreditebewilligung und Sozialdemokratie“. Mitgliederversammlung legitimiert.

Reinickendorf-Ost. Sonnabend, den 12. abends 8 Uhr, findet in den Hubertusgärten, Brovingstr. 77/79, ein Lichtbildervortrag über Kriegsbilder aus Ostpreußen von Rob. Schmidt statt. Bereits a 10 Uhr sind auf dem heutigen Jahlabend und an der Kasse zu haben.

Wittenau. Für Wittenau findet der Jahlabend umständehalber erst Sonnabend, den 13. Februar, bei Wittich, Oranienburger Straße, statt. Heute Mittwoch in Wittenau Handzettelverteilung.

Friedrichshof. Heute abend 8^{1/2} Uhr gemeinschaftlicher Jahlabend bei Zuhilfenahme. Referent: Genosse Schwenz.

Karlshof. Die heutigen Jahlabende fallen aus.

Dorschenweide. Heute abend 8^{1/2} Uhr gemeinschaftlicher Jahlabend in Wilhelmshof. Tagesordnung: Organisationsfragen.

Die Bibliothek des Bauvereins befindet sich von jetzt ab beim Genossen Worned, Wilhelmshof 18, und wird am Freitag, den 12. d. M., neu eröffnet. Bibliotheksstunden sind Mittwoch und Freitag abends 8 bis 9 Uhr und Sonntag vormittags 10 bis 12 Uhr.

Röpenitz. Der Jahlabend für die Dammvorstadt wird diesmal bei Lehmann, für die Altstadt bei Müller, für die Kiepenort bei Bärtsch und für die Köpenicker Vorstadt bei Stippel abgehalten.

Diesdorf. Heute Jahlabend in Wilkes Schillerstraße, Königr. 120. Vortrag des Gen. Welsch über: „Krieg und Kunst“.

Kanisdorf. Heute abend 8^{1/2} Uhr findet im Restaurant Coblen (am Bahnhof) der Jahlabend statt.

Neuenhagen (Ostbahn). Heute abend 8^{1/2} Uhr findet der Jahlabend bei Hühner, Dörfelstr. 12, statt.

Grünau. Heute abend 9 Uhr im Lokal „Zur grünen Ede“: Mitgliederversammlung. Referat des Gen. Groger über: „Kriegskredite während des Krieges“.

Zeuthen-Mierdorf. Die Wahlvereinsversammlung findet heute abend 8^{1/2} Uhr in Zeuthen bei Blümann statt.

Vorsigwalde. Der heutige Jahlabend für Vorsigwalde und Charlottenburger Straße findet bei Wölsch, Grünstr. 39, statt.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Saarnichtweg. Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Krause, Kiepenstr., Ecke Marienb. Straße, in Saarnichtweg: Lichtbildervortrag des Herrn Gottschalk: „Die geologische Entwicklung der Mark Brandenburg“.

Eingegangene Druckschriften.

Aus einem Tagebuch 1911. Von H. Fenzler. (3. Kappe, 6 Bilder.) 4 M. C. Schuler, München.

Chefverwaltungsorganisches Handbuch. Diplomatische Aktenstücke. 80 Bf. Ranz, Wien.

Jugendwecklieder. Herausgegeben von B. Scheuren. 65 S. 45 Pf. — Handwerkerfragen zur Kriegszeit. 40 Pf. — Wie erzielt die Schule die Jugend zum sparsamen Brotverbrauch? 40 Pf. Volksvereinsverlag, M. Gladbach.

Aus meiner Kriegszeit. Gedichte von R. Bräuer. 30 Pf. bessere Ausg. 1 M. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Nürnberg.

Englische Volkspoesie in englischer Beleuchtung. Von J. Lönies. 1 M. — J. Springer, Berlin W 9.

Die Ansprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen. Führer durch die österreichische Gesetzgebung. 30 Heller. — F. Brand u. Co., Wien 6.

Wirklicher Marktbericht der hiesigen Marktplatz-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblöcken (Einschl. Vertriebsgebiet.) Dienstag, den 9. Februar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. 78-82, Fleisch Ia 85-95, da. IIa 78-84, da. IIIa 72-78; Säugetiere Ia 78-82, da. IIa 70-78; Schweine, fett 65-73, da. mager 53-61, da. dänische 48-60; Pfeffer 60-77, Pfeffer, dänische, 50-65, Pfeffer, dänische, 55-70; Reisfleisch, Fopplender 125-135; Rindfleisch Ia 90-105, da. IIa 65-88; Kühe ger. gen. 45-55. Hammelfleisch: Rindfleisch 94-105; Hammel Ia 85-94, da. IIa 80-90; Schafe 82-93. Schweinefleisch: Schweine, fett 100-112, fettlos 90-98, dän. Sauen 75-78, dän. Schweine 88-93. Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0.00; weiße Kartoffeln 0.00; Magnum bonum 0.00; Wollmann 0.00-0.00; Borree, Schod 0.50-1.00; Sellerie, Schod 4.00-7.00; Spinat 50 kg 15.00-22.00; Polarrüben 8.00-6.00; Birlingfisch Schod 8.00-14.00; Birlingfisch 50 kg 8.00-9.00; Weißfisch Schod 8.00-14.00, Weißfisch 50 kg 8.50-9.50; Rostfisch, Schod 7.00-15.00; Rostfisch 50 kg 7.50 bis 9.00; Grünfisch 50 kg 10.00-14.00; Röhrlin 50 kg 4.50-7.00; Tatarer Rüben 50 kg 12.00-16.00, Röhrlin Rüben 50 kg 4.00-12.00; Röhrlin 50 kg 20.00-30.00, Meerrettich Schod 6.00-14.00; Petersilienmutter Schod 4.00-6.00; Zwiebeln 50 kg 14.00-15.50; Kohlraber, Hamburger, 100 St. 12-15. Apfelsinen: italienische 50 kg 8.00-9.00, dito 200 Stück 8.00-9.00, 300 St. 9.00-10.00, Spania 200 St. 8.40-13.00, dito 300 Stück 8.00-14.00, Weisna 100 St. 10.00-12.00, 200 St. 7.00-9.00, 300 St. 8.00-10.00, Weisna 100 St. 8.50-9.00, da. 100 St. 7.00 8.75, da. 150 St. 7.00-10.00, Spanische 420 St. 15.00-20.00, da. 714 St. 18.00-25.00, da. 1064 St. 24.00-30.00, da. 420 St. large 23.00-30.00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch: Zeitweise heiter, stellenweise neblig oder wolfig. Am Freitag vereinzelt etwas Regen. In den Tagesstunden ziemlich mild, in der Nacht zum Donnerstag in den meisten Orten leichter Frost.

**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 8. Januar fiel im Westen der Koblenländer
Gustav Henning
Sparrstr. 17. 16. Abteilung, Bezirk 153.

Am 19. Januar fiel auf dem östlichen Kriegsschauplatz der Tischler
Rudolf Peichel
Wittlicher Str. 8. 14. Abteilung, Bezirk 092.

Am 28. Januar fiel im Westen der Schloßer
Paul Baudach
Wedomstr. 12a. 10. Abteilung, Bezirk 617.

Am 19. September fiel in Nordfrankreich der Wägher
Fritz Hammel
Kiderstr. 14/15. 11. Abteilung, Bezirk 603/604.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. B. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 28. Januar fiel auf dem östlichen Kriegsschauplatz unser Genosse, der Zimmerer
Otto Mantey
Chausseestr. 280. Bezirk 4.
Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz fielen der Feuert
Willi Weiß
und der Arbeiter
Otto Engel.
Wahlkreis Niederbarnim (Bez. Oberschöneweide).

Arbeiter-Wanderverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse,
der Sattler
Max Preuß
Köpenicker Straße 24, am Sonntag verstorben ist.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben
Wandergenossen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt. 1/4

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Den Helden in Flandern erlitt unser treuer Kollege
Valentin Kuhn

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven, auf-
richtigen Kollegen und Freund, welcher stets in solidarischer
Weise die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse mit uns ver-
treten hat.

Wir rufen ihm ein Ruhe sanft nach. 25a

**Die organisierten Kollegen d. Gemeindefreier-
Verbandes der Gasanstalt II Charlottenburg.**

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**

Sozialverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Steinmetz
Otto Baer
von der Firma Konsumgenossen-
schaft Lichtberg am 7. Februar
im Alter von 35 Jahren ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. d. M., nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes,
Neukölln, Hermannstraße, aus
statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Schandhirt
Emil Günther
am 6. d. Mts. im Alter von
43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Himmelshof-Kirch-
hofes, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
70/19 **Die Bezirksverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige
Nachricht, daß am Sonntag nach
langem, schwerem Leiden mein
innigstgeliebter, herzlicher Mann
und treuherziger Vater, Schwieger-
vater, Großvater, Bruder,
Schwager und Onkel
Gustav Döring
im fast vollendeten 55. Lebens-
jahre sanft entschlafen ist. 1066b

Dies zeigen im tiefsten Schmerz
aller Hinterbliebenen an
Ww. Hulda Döring
geb. Beyer
Bruno u. Otto Döring
s. J. im Felde
Nartha Döring
Kurtchen Döring.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Jakobikirchhofes, Her-
mannstraße 99/105, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis.
17. Abt. Bez. 302.**

Am Sonnabend, den 6. d. M.,
verliert unsere Genossin
Erna Schmidt
Wiesenstr. 47.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. d. M., nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des Philippus-Kirch-
hofes aus nach dem hiesigen
Friedhof, Kiepen, Ecke Seefstraße,
statt.

Um rege Beteiligung ersucht
202/5 **Der Vorstand.**

Am 16. Dezember 1914 fiel im
Kampfe in Belgien mein lieber
Mann, unser guter Vater, einziger
Sohn, Bruder, Schwager, Onkel
und Cousin, der Seemann
Franz Bauer
im blühenden Alter von 35 Jahren.
Dies zeigen an im tiefsten Schmerz
sein
Mrau Anna Bauer
geb. Mroschowski nebst Kindern,
Eltern und Geschwistern.
Kolonie Grünwalde, Post Pflanzbau.

Die Gräber, die nicht Kranz noch
Denkmal tragen,
Die einsam und verlassen liegen,
Die schließen oft mit allen ihren
Klagen
Das beste Herz, den größten
Dulder ein.
Unsere Liebe deckt Dich zu.

Am Sonnabend, den 6. Februar,
früh 8 Uhr, entschlief sanft, nach-
dem sie am 20. Januar meinem
Töchterchen Gerda das Leben ge-
schenkt hatte, nach schwerem Leiden
im Kindesalter, meine liebe,
gute Frau, unsere innigstgeliebte
Schwieger, Schwägerin, Tante und
Schwiegermutter
Erna Schmidt
geb. Nordmann
im Alter von 22 Jahren.

Dies zeigt schmerzvoll an im
Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
1067b
Karl Schmidt.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Februar,
nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des St. Philippus-Kirch-
hofes, Seefstr. 44/45, aus statt.

**Arbeiter-Samariter-
Bund.**
A. S. B.
Kol. Rosenthal-
Reinickendorf.

Auf dem Schlachtfelde im Osten
fiel unser altes Mitglied, der
Samariter Genosse
Robert Stiehl.

Als hilfsbereiten Rothkrieger und
Förderer der Kolonne werden
wir sein Andenken stets in Ehren
halten. 292/18

Der Vorstand.

**Konsumgenossenschaft Berlin
und Umgegend.**

Am 7. Februar verstarb unser
Suttonmeister 107/18
Otto Baer.

Wir verlieren in ihm einen
tüchtigen und pflichtbewußten Mit-
arbeiter, dem wir allezeit ein
ehrendes Andenken bewahren
werden.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie für die reichen
Kranzgeschenke bei der Beerdigung mei-
ner lieben Frau, unserer guten Mutter
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten unseren herz-
lichsten Dank. 201

Der trauernde Gatte
Fritz Knöfer u. Tochter,
Berlin, Lasterstr. 2.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Möbelfabrik Hoffnung
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung zu Berlin,
Kraustr. 52.

Am 25. Februar, abends 5 Uhr,
in unserer Geschäftsstube:
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Auf-
sichtsrates.
2. Beschlußfassung über Bilanz-Ver-
lustdeckung. 12/8
3. Neuwahlen.

Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung, schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.

Spr. 11-2 u. 5-8, Sonn. 9-10

Haben Sie Stoff?
Ich fertige Ihnen Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Pragerstraße 8, (Stadt) 1011.

Persil
Das selbsttätige Waschmittel für
Hauswäsche
heute Bleich soda

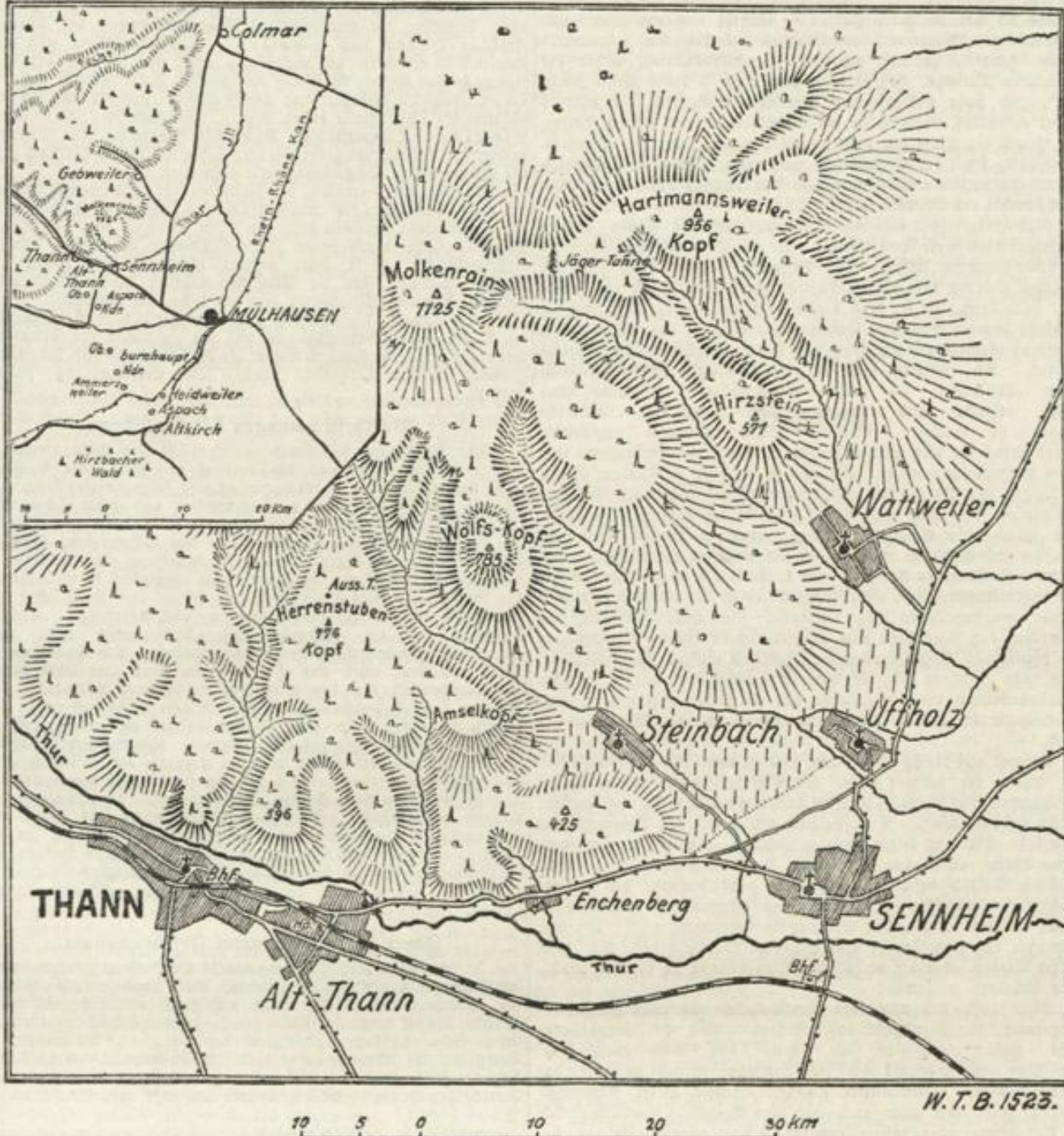
Fleischkonserven-Fabrik „F a B“
N. Kolberger Straße 30.

Der Arbeitsbeginn für unsere Fabrik ist auf Donnerstag, den
11. Februar, früh 8 Uhr, festgelegt. — Betriebsunterbrechung
im Laufe der nächsten Woche vorbehalten. — Arbeitskräfte können
sich melden. [10635] A. A.: Der Vertriebsleiter.

„Fingert Goldfuchs „König von“!“ Die größten, wenn auch
Römisches „König von“

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Kämpfe im Oberelsaß Mitte und Ende Januar.



W. T. B. 1523.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:
 Die Franzosen hatten gleich zu Beginn des Krieges große Anstrengungen gemacht, sich in den Besitz Elsaß-Lothringens zu setzen. Dem Anfang August von Belfort aus unternommenen Einfälle ins Oberelsaß wurde durch die Schlacht von Mulhausen ein jähes Ende bereitet, und die Offensive gegen Lothringen brach nach dem glänzenden Siege des bayerischen Kronprinzen in sich zusammen. Seitdem haben die Franzosen es nicht mehr gewagt, in Lothringen einzufallen. Dagegen gingen sie im Oberelsaß erneut vor, als die hier eingezogenen deutschen Truppen eine anderweitige Verwendung fanden. Zum zweiten Male betrat die Franzosen vorübergehend Mulhausen und drangen nordwärts bis Sennheim vor. Die Freude währte aber nicht lange. Durch eine erneute deutsche Offensive wurde der Gegner vertrieben, der heute nur das Weiler- und Mümlertal in den Vogesen und den Belfort unmittelbar gegenüberliegenden Grenztrich in Besitz hat, während in den Nordvogesen die deutschen Truppen bis in die Höhe von Senones, also tief in französisches Gebiet vorgedrungen sind.
 Ende Dezember begannen die Franzosen zum dritten Male mit einer Offensive in Richtung Mulhausen. Die Stadt sollte nach Gefangenenausgaben spätestens Ende Januar endgültig in französische Hand sein.
 Wie aus den Tagesberichten der Obersten Heeresleitung bekannt ist, wurde zwischen dem 27. Dezember und 8. Januar um den Besitz der Höhe 425 westlich Sennheim Tag für Tag erbittert gekämpft. Die Franzosen kamen jedoch über diese Höhe nicht hinaus. Dagegen gelang es den deutschen Truppen, Gelände zu gewinnen.
 Bis Ende Dezember hatten sich auf dem in 668 Meter Höhe, fast 700 Meter über dem Rheintale gelegenen dicht bewaldeten Hartmannsweilerkopf, einem beliebten, geologisch und botanisch interessanten Ausflugsort nur deutsche und französische Wachen befunden, die einander beobachtend gegenüber lagen. Die Deutschen hielten den Hügel, die Franzosen den westlichen Teil des Kopfes besetzt. Inzwischen hatten die Franzosen eine Reihe von Alpenjägerbataillonen in die Südvogesen entsandt und auf dem Hartmannsweilerkopf eine ganze Alpenjägerkompanie vorgeschoben, die sich dort eine festungsartige Stellung schuf, die ellipsenförmig den höchsten Punkt umschloß. Die Höhe des Molkenrain (1125 Meter), zu der man vom Hartmannsweilerkopf über die Jäger-Tanne (Sattelpunkt) gelangt, wurde ebenso wie der Belchen französischerseits hart besetzt.
 Die ersten deutschen Vorstöße gegen die Ringburg auf dem Hartmannsweilerkopf scheiterten an der Stärke jener Stellung. Auch mußte die dem Klatschland entstammende Angriffstruppe erst die Schliche des im Gebirge erfahrenen Gegners kennen und bekämpfen lernen, der, mit schwarzen Riegeisen behangen oder mit Tannennetz bedeckt, die Gipfel der schneebedeckten Tannen bestieg und von dort aus, in Stürzen stehend, aus seinen Verstecken auf unsere Soldaten herabschoß. Bald hatten diese die Ringfestung von außen völlig umschlossen; auch war die Jägeranne besetzt worden, um die von Molkenrain her erwarteten französischen Entschloßversuche abzuwehren zu können. Solche erfolgten auch mit minderbemessenen Alpenjägerbataillonen, wurden aber von unseren sich energisch zur Wehr setzenden schwachen Truppen abgewiesen. Zu gleicher Zeit aus dem Ringwall unternommene Ausfälle der Bergbesatzung scheiterten. Inzwischen hatte man die weiter nötigen Angriffsmittel bereitgestellt, so daß am 19. Januar der Sturm unternommen werden konnte. Die ersten wohlgezielten Schüsse trafen den Offiziersunterstand in der Ringfestung. Zwei Offiziere wurden getötet und einer verwundet. Der letzte Offizier rief, auf dieses Ereignis hin die Ausfallsstellung weiteren Widerstandes einsetzend, mit dem Rest der Besatzung die Waffen. Ein Offizier und 150 Alpenjäger wurden so zu Gefangenen gemacht. Zwei Tage später wurde auch der Hirzstein genommen und dort

nach 2 Offiziere und 40 Mann gefangen genommen. An den Hirzstein waren unsere Truppen, ohne einen Schuß zu tun, herangekommen. Selbst die gefangenen Offiziere sagten aus, daß die deutschen Vorbereitungen zur Wagnahme der Höhenstellungen vorzüglich gewesen seien.
 Unsere Truppen waren während dieser Kämpfe im Gebirge den allergrößten Strapazen und Entbehrungen ausgesetzt. Auf hoher Bergeshöhe kämpfend, wo tiefer Schnee lag, die Tannen hoch zum Himmel ragten und wo dichtes Unterholz den Ausblick auf wenige Meter beschränkt, tagelang ohne warme Nahrung und ohne schützendes Obdach, hatte die Truppe Außerordentliches zu leisten. Erst nachdem der Feind vertrieben war, konnte man sich einigermaßen häuslich einrichten, Wege und Hütten bauen und warmes Essen bereiten. Jetzt finden wir auch Kavallerie hoch oben in den Bergen, aber nicht etwa zu Pferde, sondern angelein mit Muckjad, Bergstief und Eissporen. Stunden — ja halbe Tage lang gehen die Kavalleristen die längsten und gefährlichsten Patrouillen und bringen oft die besten Meldungen.
 Nachdem der französische Versuch, über Sennheim auf Mulhausen durchzustoßen, an dem Widerstande der Deutschen gescheitert war, unternahm der Feind am 27. Januar einen Durchbruchversuch an anderer Stelle. Er hatte sich also Kaisers Geburtstag für seine Angriffe ausgewählt. Ein höherer Stab war gerade in der Kirche, wo der Festgottesdienst abgehalten wurde, als um 11 Uhr vormittags von dem Nachbarverbande die Meldung einlief, daß ein feindlicher Angriff in Richtung Ammerzweiler erfolgt sei und um artilleristische Unterstützung gebeten wurde. Kaum war diese zugeflogt, so wurde auch innerhalb des eigenen Abschnittes des betreffenden Truppenverbandes ein französischer Infanterieangriff gegen einen vorgeschobenen Posten am Rhein-Rhonekanal gemeldet. Die in jähmühen, weil sehr unübersichtlichen Gelände stehende deutsche Feldwache wurde von einer weit überlegenen feindlichen Truppenmacht überannt. Gleichzeitig erfolgte ein dritter französischer Angriff in Richtung auf Aspach. Dieser Angriff sowie jener auf Ammerzweiler wurden bis auf Sturmfernung durchgeführt, brachen dann aber unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Dagegen begann der bis an den Kanal vorgebrungene Feind sich dort einzurichten, indem er die deutsche Feldwachestellung umlante, mitgebrachte Fäße einschlug, Drahtrollen entfaltete, auch Maschinengewehre auf Bäumen sogleich in Stellung brachte.
 Der deutsche Führer hatte mittlerweile den Gegenangriff befohlen, zu dem, weil die Reserven weiter ab händen, Teile der nächst zur Hand befindlichen Abschnittsreserven eingesetzt wurden. Eine Landwehr- und eine Landsturmkompagnie waren es, die sich um 4 Uhr nachmittags dem Feinde entgegenwarfen, um ihm die verloren gegangene Stellung zu entreißen. Um 7 Uhr abends war die Stellung wiederum in deutscher Hand. Die Sieger, Landwehr und Landsturm, konnten mit berechtigtem Stolz auf die erbeuteten Trophäen — mehrere Maschinengewehre — sowie auf die gemachten Gefangenen sehen.
 Am 4 Uhr nachmittags war ein neuerlicher französischer Angriff auf die deutschen Stellungen im Hirzbacher Walde erfolgt und abgeschlagen worden.
 Es war schon Nacht, als der Feind um 9 Uhr 30 Minuten abends endlich den letzten Versuch machte, um im Hirzbacher Walde die Linie der Deutschen zu durchbrechen und die Kanalstellung wieder zu erobern. Alle diese Angriffe wurden abgewiesen. Am nächsten Tage fand man eine große Anzahl toter Franzosen vor den deutschen Stellungen. Im Gegenzug zu den bei Tage unternommenen Angriffen waren die Nachtschliffe der Franzosen sehr matt durchgeführt. Die deutschen Soldaten hörten im Hirzbacher Walde, wie die französischen Offiziere große Rufe hielten, ihre Leute überhaupt vorwärts zu bringen. (S. T. B.)

Aus Groß-Berlin. Im städtischen Vormundschaftsamt.

In einer Gegend, die durch ihre winkligen Straßen und verträubelten Häuser auf die Hilfsbedürftigkeit anzuspielen scheint, hat sich seit Jahresfrist das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin festhaft gemacht. Das schöne neue Mietsheim liegt in dem städtischen Industriegebäude auf dem Gebiet zwischen Landsberger, Katharinen-, Landwehr- und Liebmansstraße. Durch den Eingang II in der Landwehrstraße 25-29 kommen die Hilfsbedürftigen zwei Treppen hoch in einen geräumigen, einfach und nett ausgestatteten Wartesaal. Auf den langen braunen Lehnstühlen haben bequem mindestens fünfzig Personen Platz. Eine fast gemütliche Fensterdecke ist für Lesbedürftige reserviert. Bekannte Zeitschriften liegen zum Zeitvertreib auf. Die Wände sind reichlich bedeckt mit Bekanntmachungen. Gleich rechts ist die Anmeldestube, die niemand, der schnell abgefertigt werden will, umgehen soll.
 Der Krieg hat der segensreichen Tätigkeit des Vormundschaftsamt noch erhöhte Bedeutung verliehen. Aus dem Gedanken entstanden, daß von der Stadt für die vielen Tausende unehelicher Kinder durch Massenvormundschaft im juristischen, pflegerischen und erzieherischen Sinne einheitlich gesorgt werden müsse, sind mit dem Kriege an die acht städtischen Berufs Vormünder, die unter der Oberleitung eines Magistratsrats arbeiten, ganz neue Aufgaben herangetreten. Viele solcher Väter, die schon im Frieden schwer zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen das uneheliche Kind zu bewegen sind, stehen im Felde. Bei den verlassenen Müttern ist die Not verdoppelt eingekehrt. Das Vormundschaftsamt hat es daher neben seinen zahlreichen anderen Aufgaben auch übernommen, in vielen Tausenden von Fällen die Kriegsunterstützung im Betrage von monatlich 12 M. für uneheliche Kinder sicherzustellen. In Verbindung damit steht das Bestreben, liebevolle Pflegemütter zu finden, die möglichst schon für den Betrag der Kriegsunterstützung oder gar ohne Entgelt ein Kind übernehmen, so daß der volle Arbeitsverdienst der Mutter des Kindes verbleibt. Mehrere hundert Väter wurden aus Stiftungsmitteln, Mündelvermögen oder aus dem Vermögen der Mutter gegen den Tod im Kriege versichert. Der Vermittlung von Adoptionen wird gerade auch während des Krieges, der so viele Väter unehelicher Kinder in den Tod reiht, ernste Beachtung gewidmet.
 Die Akten des Vormundschaftsamt sind Romane aus der Wirklichkeit, und die Zahlen führen eine bereidete Sprache, was für menschliches Leid sich hinter den Kulissen des Lebens abspielt. Schon ist das Amt mit jährlich 4000 bis 5000 neu hinzutretenden Mündeln fast die größte deutsche Berufsvormundschaft. In den Sprechstunden der Berufsvormünder, die bis auf weiteres jeden Montag und Donnerstag von 11 bis 2 Uhr abgehalten werden, holen sich jährlich 15 000 bis 20 000 Personen Rat und Hilfe. Die Summe der für die Mündel geschaffenen Vermögenswerte einschließlich der Richtigzahlungen der Väter betrug schon im zweiten Jahre des Bestehens des Amtes (1913) mehr als eine Million Mark und hat jetzt wohl die zweite Million erreicht. Für die Mündel katholischer Konfession ist ein katholischer Berufsvormund tätig, infolge des bekannten Beschlusses des Kammergerichts, der die Berücksichtigung des religiösen Bekenntnisses auch bei Sammelvormundschaften fordert. Seit dem Frühjahr 1914 werden alle Unterhaltspflichten des Amtes vor zwei besonderen Abteilungen des Amtsgerichts Berlin-Mitte (182 und 183) an einem bestimmten Wochentage verhandelt. Diese Regelung hat das Verfahren wesentlich beschleunigt und beizutragen zur Herausbildung einer einheitlicheren Rechtsprechung ohne schematische Behandlung. In pflegerischer Hinsicht wurden die zahlreichen Einrichtungen für Kinder- und Jugendfürsorge, deren sich die Stadt Berlin erfreut, immer mehr in Anspruch genommen. Die Zahl der jährlichen Hausbesuche durch Helferinnen der Säuglingsfürsorgestellen beziffert sich auf annähernd hunderttausend, die Zahl der ärztlichen Vorstellungen auf rund fünfzigtausend.
 In der Bevölkerung sollte es noch weit mehr bekannt werden, daß das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin in allen vormundschaftlichen Angelegenheiten Rat und Auskunft erteilt. Selbst private „Mütterberatungsstellen“ kennen kaum den Wirkungskreis des Amtes und seine soziale Bedeutung.
Die Einführung der Protokarte.
 Um die Protokarte zur Einführung bringen zu können, muß ein großer Apparat in Anspruch genommen werden. Zunächst sollen die Hausbesitzer bzw. die Verwalter der Häuser eine genaue Aufnahme des Personenstandes herbeiführen, welche die Grundlage für die Verteilung der Protokarten sein soll. Zu diesem Zwecke hat der Magistrat an die Hausbesitzer folgendes Zirkular versandt:
Protokarten!
 Für die Ausgabe von Protokarten, die unmittelbar bevorsteht, soll zunächst die Zahl der erisamweisenden Personen festgesetzt werden.
 Im Vertrauen auf ihre wirksame, von vaterländischem Sinn getragene Unterstützung verpflichten wir zu diesem Zwecke die Hausbesitzer Berlins oder deren Stellvertreter, in das beiliegende Verzeichnis sämtliche im Hause vorhandenen Haushaltungen und die Zahl der in jeder Haushaltung befindlichen Personen (einschließlich Zimmerabmieter, Schloßleute, Dienstpersonal und beim Arbeitgeber wohnenden Gewerbetreibenden) in Spalte 1-5 einzutragen. Nicht zu zählen sind diejenigen Personen, die vorübergehend nicht länger als drei Tage im Haushalte anwesend sein werden sowie die eingezogenen Militärpersonen.
 Eine Abschrift dieser Hausliste ist zurückzubehalten. Die Eintragungen haben am Donnerstag, den 11. Februar d. M., zu erfolgen. Die Listen sind vom 12. d. Mts. ab zur Abholung bereit zu halten.
 Die Richtigkeit der Eintragungen ist vom Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu bescheinigen.
 Falls die einzelnen Bogen für die Aufnahme nicht ausreichen, sind besondere Bogen beizufügen, fehlende können bei der zuständigen Steuercannamessstelle in Empfang genommen werden.
 Sobald die Listen eingegangen und geprüft sind, werden den Hausbesitzern bzw. ihren Stellvertretern die Protokarten zur Verteilung in ihrem Hause angefertigt werden.
 Die Ausgabe der Protokarten erfolgt auf die Dauer von

Der Zahlabend dieses Monats ist heute Mittwoch, den 10. Februar.

Der Besuch des Zahlabends ist Ehrenpflicht aller Genossen und Genossinnen.

mehreren Wochen. Die innerhalb dieser Zeit vorkommenden Zu- und Abgänge von Personen sind in die dafür vorgesehenen Spalten der bei dem Hausbesitzer verbleibenden Abschrift der Hausliste einzutragen. Sie sind außerdem bei der zuständigen Ausgabebehörde für Protokollen anzugeben.

In der letzten Woche der noch zu bestimmenden Gültigkeitsdauer der ersten Protokollen sind die neuen unter Vorlegung der berechtigten Abschrift der Hausliste bei der zuständigen Ausgabebehörde für Protokollen einzufordern.

Bei dieser Anordnung zuwiderhandelt, wird nach § 44 der Verordnung des Bundesrats vom 20. Januar 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft und hat es zu verantworten, wenn die Verteilung der Protokollen in seinem Hause nicht ordnungsmäßig erfolgt.

Die Stadt Berlin soll in 170 Bezirke geteilt werden. Die Aufgabe dieser Bezirksorganisationen, in denen neben ehrenamtlichen Mitgliedern bezahlte Kräfte tätig sein sollen, besteht in der Beaufsichtigung der gesamten Konsumregelung. Die Beratungen im Schoße des Magistrats gehen ihrem Ende entgegen. Die lediglich rein technischen Schwierigkeiten, wie z. B. die Langwierigkeit des Druckes der Protokollen — es sind deren wöchentlich etwa 4 Millionen erforderlich — erfordern noch einen kurzen Ausschub bis zum endgültigen Inkrafttreten der gesamten Protokollenorganisation.

Die Kartoffelversorgung in Groß-Berlin.

Angeht die notwendig gewordenen Beschränkung des Mehl- und Brotverbrauches ist es außerordentlich wichtig, für eine geordnete Zufuhr von Kartoffeln Sorge zu tragen. Voran mangelt es aber in unserer Zeit sehr. Aus diesem Grunde hat der Berliner Magistrat die von ihm für die Zeit der Not reservierten Kartoffeln herausgegeben und zum Verkauf gestellt. Hierbei scheint er eine glückliche Hand gehabt zu haben. Die Kartoffeln waren leider nicht so sachverständig untergebracht, wie man das bei einer Stadt mit zahlreichen Sachverständigen — man denke nur an die städtische Güterverwaltung — hätte erwarten können. Auch der Verkauf scheint anfänglich nicht so vor sich gegangen zu sein, wie das notwendig gewesen wäre. Anstatt die Kartoffeln Großhändlern in Quanten von 50, 80 und 100 Zentnern zu verkaufen, wäre es angebracht gewesen, die Kartoffeln ausschließlich direkt an die Konsumenten zu verkaufen oder durch Händler zu einem bestimmt festgesetzten Preise. Nur teilweise ist der Verkauf im kleinen in den Markthallen erfolgt. Erst seit Ende voriger Woche ist der Großverkauf des Magistrats eingestellt und der Kartoffelverkauf erfolgt nur noch im kleinen in den Markthallen zu einem recht hohen Preise.

Aber auch hier kommen Klagen, daß in verschiedenen Markthallen der städtische Kartoffelverkauf eingestellt worden ist. Gestern kam es in einigen Hallen zu erregten Szenen. Nachdem die Kartoffelbörse ausverkauft waren, wollten viele Hunderte anderer Käufer und Käuferinnen noch Kartoffeln kaufen, konnten aber keine mehr erhalten und machten nun ihren Unwillen darüber Luft. Wie die Direktion der Markthallen auf Anfrage erklärt, hat die Stadt Berlin mit der Einrichtung des Kartoffelverkaufs durchaus nicht beabsichtigt, alle Hausfrauen Großberlins mit Kartoffeln zu versorgen; es sollte sich lediglich um eine Maßnahme handeln, um die dem Ansturm nicht gewachsenen Händler zu unterstützen. Im Anfang wurden die von der Stadt zum Verkauf gestellten Vorräte nicht abgesetzt; erst seit einigen Tagen hebt der Ansturm auf die Kartoffelbörse der Stadt an, trotzdem sie eine Preissteigerung erfahren haben. Es kommt dazu, daß infolge des Frostes die Händler in den letzten Tagen keine Kartoffeln herankommen hatten und demzufolge ihre Vorräte ausverkauft waren. Auch die Stadt Berlin konnte infolge desselben Umstandes nicht genügend Kartoffeln hereinkommen, und wenn sie Ladungen bekam, mangelte es an Fuhrwerk, um die Kartoffeln nach den Markthallen zu schaffen. Es soll aber Vorkehrungen getroffen werden, um reichlichere Vorräte zum Verkauf zu stellen.

Bemerkenswert ist, daß eine Reihe Händler die vom Oberkommando vorgeschriebenen Höchstpreise für Kartoffeln — 10 Pfund zu 85 bis 40 Pfennig für bestimmte Sorten — ständig überschreiten. Vielfach werden für 10 Pf. 45 bis 50 Pf. verlangt. Die Händler riskieren die Schließung ihrer Geschäftsräume. Auf dem Wochenmarkt in Neukölln nahm die Polizei einer Kartoffelhändlerin, die für 10 Pf. 50 Pf. verlangte, die Ware ab und verkaufte sie zu erheblich billigerem Preise.

Es erscheint dringend erforderlich, für Beschaffung von Kartoffeln in genügender Menge und zu annehmbaren Preisen Sorge zu tragen. Es hat den Anschein, daß Landwirte und Großhändler Kartoffeln zurückhalten, um eventuell höhere Preise zu erhalten. Dem sollte, wie wir bereits an anderer Stelle unseres Blattes dargelegt haben, durch geeignete Mittel vorgebeugt werden.

Auch in den größeren Vororten des Bestens macht sich der Mangel an Kartoffeln bemerkbar. So wird aus Charlottenburg gemeldet, daß seit Sonnabend eine derartige Knappheit an diesem Nahrungsmittel besteht, daß es den Hausfrauen nicht möglich ist, genügend Kartoffeln zu erhalten. An der Tür einer großen Kartoffelhandlung prangte ein Plakat: Ausverkauft! Ähnliche Klagen kommen aus Schöneberg. Auch dort ist die Knappheit bereits so groß, daß sich die Stadtverordnetenversammlung am Montag in geheimer Sitzung mit einem Dringlichkeitsantrage beschäftigte, den Magistrat zu ersuchen, dem Kartoffelmangel abzuhelfen. Die größten Klagen kommen jedoch aus Wilmersdorf. Dort sind weder bei den Händlern noch auf dem Wochenmarkt Kartoffeln zu kaufen gewesen.

Memnoniten und Kirchensteuer.

In einem Rechtsstreit des Rentiers von Bederath in Berlin gegen den geschäftsführenden Ausschub der Berliner Stadtsynode erkannte das Ober-Verwaltungsgericht dahin, daß der Kläger von der Kirchensteuer, zu der er für mehrere Jahre zugunsten der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin herangezogen worden war, gänzlich freizustellen sei. Es wurde ausgeführt: Die Frage, ob der Kläger als Memnonit kirchensteuerpflichtig sei oder nicht, sei nicht aus dem § 2 des Kirchensteuergesetzes zu entscheiden, sondern aus dem Memnonitengesetz vom 12. Juni 1874. Und zwar sei entscheidend der § 3, der keinen inneren Zusammenhang mit den §§ 1 und 2 desselben Gesetzes habe. Der § 3 werde aber vom Ober-Verwaltungsgericht so ausgelegt, daß die Memnoniten keine Steuern für die evangelischen Kirchengemeinden zu zahlen hätten.

Das Wahnthermometer.

Ein Thermometer hat bekanntlich die Pflicht, den Stand der jeweils herrschenden Temperatur anzuzeigen. Es wäre eine ungerechte Unterstellung, wollte man von dem Thermometer, das die

königliche Eisenbahnverwaltung auf dem Bahnsteig Jannowitzbrücke anbringen ließ, behaupten, daß es diese Pflicht nicht erfüllt. Das ginge entschieden zu weit. Richtig ist nur, daß viele Beschauer die Sprache dieses Thermometers nicht verstehen. Ist das aber ein Beweis für seine besondere wissenschaftliche Gelehrsamkeit? Als ich vor mehreren Jahren — schreibt uns ein Leser — in einem strengen Winter mit dem Studium des besagten Instruments begann, fand ich zunächst gar nichts Bemerkenswertes, außer der belanglosen Tatsache, daß es stets um etwa 5 bis 8 Grad „nachging“. Ich habe halberfrorene Menschen beobachtet, die alsbald wieder aufstauten, nachdem sie am Wahnthermometer erkannt hatten, daß es mit der Kälte gar nicht so schlimm war, wie sie glaubten. So mächtig wirkt der Glaube und man wird daher die Eisenbahnverwaltung preisen müssen, wenn sie solchermaßen durch Suggestion die Särden des Winters mildern hilft.

Nach einiger Zeit kam ich dahinter, daß die Seele meines Studienobjektes weit komplizierter war, als mein einfacher Verstand sich hatte träumen lassen. Die Differenz in der Zahl der angezeigten und der tatsächlichen Kältegrade veränderte sich mit jedem Tag; bald betrug sie 8, bald 4 und bald nur noch 2 Grad und im Frühjahr begann sogar das Wahnthermometer so richtig zu gehen, als ob es niemals die Absicht gehabt hätte, die Wirklichkeit zu korrigieren. Ich witterte hier ein physikalisches Phänomen, von dessen Erklärung ich mir unsterblichen wissenschaftlichen Ruhm erhoffte und begann nun sorgfältige Aufzeichnungen zu machen. Mehrere Jahre hindurch registrierte ich nebeneinander alle Schwankungen an dem Wunderinstrument und einem Normalthermometer. Peterlange Tabellen entstanden, Vogen auf Vogen bedeckte sich mit graphischen Kurven und mathematischen Gleichungen und Tag und Nacht grübelte ich dem Problem nach, ohne jedoch eine Spur zur Lösung finden zu können. Erst nach mehrjährigem Studium entdeckte ich als Regel in der Erscheinungen Reihe, daß immer in der Zeit vom 1. April bis 30. September das Wahnthermometer richtig ging, während es in der übrigen Zeit seine eigenen, unerforschlichen Wege wandelte. Das brachte mich auf den Gedanken, daß irgendwie eine Dienstvorschrift für die Bewegungen jgl. preussischer Wahnthermometer existieren mußte. Wenngleich ich diese nicht fand, so stieß ich beim Nachsuchen doch darauf, daß im Eisenbahnbetrieb vom 1. Oktober bis 31. März geheizt wird, und damit hatte ich endlich den Faden, der zur Lösung führte, in der Hand.

Einmal auf die Spur gebracht, hielt es nicht schwer, festzustellen, daß hinter der dünnen Wand des Dienstgebäudes, an der außen das Thermometer hängt, je nach der Lufttemperatur mehr oder weniger kräftig geheizt wird. Daß dadurch der Stand des Thermometers beeinflusst wird, ist leider schon zu bekannt, als daß ich nun noch hoffen dürfte, eine neue physikalische Entdeckung gemacht zu haben. Selbstverständlich beschränkte ich mich nicht darauf, die Ursache meiner merkwürdigen Erscheinung im allgemeinen gefunden zu haben, sondern ich ging der Wirkung im besonderen nach. Die sehr schwierige und scharfsinnige mathematische Rechnung kann hier nicht erklärt werden, aber die verbürgte richtige Lösung sei für den praktischen Gebrauch mitgeteilt:

Man lasse sich von dem diensttuenden Beamten die Zimmertemperatur im Dienstgebäude mitteilen. Von der angegebenen Zahl zieht man zehn ab, teile den Rest durch zwei und füge das Ergebnis der Zahl untern Strich zu, die das außen hängende Thermometer anzeigt. Mittels dieser Anweisung läßt sich leicht und sicher auch auf dem Wahnsteig Jannowitzbrücke die Kubentemperatur richtig ermitteln. Um alle Zweifel zu beseitigen, könnte die Eisenbahnverwaltung vielleicht noch an einer anderen, vor künstlicher Wärme geschützten Stelle ein zweites, richtig gehendes Thermometer anbringen. Dann kann jeder sich sofort davon überzeugen, ob er richtig gerechnet hat.

Gewerkschaftliche Vereinbarungen mit Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung stimmte am Montag den mit den Gewerkschaften vereinbarten Grundlagen für die Bewilligung von Arbeitslosenunterstützung zu.

Danach soll jetzt der städtische Zuschuß in der Regel 50 Prozent der gewerkschaftlichen Unterstützung betragen. Als Regellage der Stadt werden für männliche Personen 8 M. und für weibliche Personen 5 M. festgesetzt. Als Höchstgrenze der gemeinsamen Unterstützung erhalten männliche Personen 12 M. und weibliche Personen 10 M. pro Woche. Die Unterstützungen werden ohne Berücksichtigung des Familienstandes, also verheirateten und unverheirateten Berechtigten in gleicher Weise gezahlt. Die Auszahlungen, auch die des städtischen Zuschusses erfolgen durch die Organisationen. Die Kontrolle der Arbeitslosen wird von den Fachorganisationen vorgenommen. Gegen die Bemühungen der Arbeitslosen, vom städtischen Arbeitsnachweis Arbeit zu erhalten, soll seitens der Gewerkschaften nichts eingewendet werden. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung der Stadt hat jeder organisierte Staatsangehörige, der eine laufende Arbeitslosenunterstützung erhält und seit dem 1. Juni v. J. in der Provinz Brandenburg oder in Berlin wohnt. Nichtbezugsberechtigte und ausgesteuerte Mitglieder der Organisationen erhalten die Regellage der Stadt.

Die Bemessung der Unterstützung eines Organisierten, der von einer Berufsvereinigung Arbeitslosenunterstützung bezieht, gestaltet sich folgendermaßen:

1) Mann, Regellage 8 M., Höchstlage 12 M.			2) Frau Regellage 5 M., Höchstlage 10 M.		
Organisations-M.	Stadt-M.	Gesamtsumme-M.	Organisations-M.	Stadt-M.	Gesamtsumme-M.
2	4	6	2	3	5
3	3	6	3	2	5
4	2	6	4	2	6
5	2,50	7,50	5	2,50	7,50
6	2	8	6	2	8
7	2,50	9,50	7	2	9
8	4	12	8	2	10
9	3	12	9	1	10
10	2	12	10	—	10
11	1	12	—	—	—
12	—	12	—	—	—

Die Stadt behält sich vor, erforderlichenfalls die Bedürftigkeit nachzurufen und bei Verneinung derselben die Zahlung der Unterstützung einzustellen. Die Bedürftigkeit wird abgelehnt, wenn der Unterstützte oder seine Frau ein gutgehendes Geschäft betreibt oder Krankenlohn bezieht. Die Organisation verpflichtet sich, über jedes arbeitslose Mitglied eine strenge Kontrolle zu führen. An jedem zweiten Tage hat der Arbeitslose bei seinem sachlichen Arbeitsnachweis um Arbeit nachzufragen. Die Gewerkschaft übernimmt es, auf ihre arbeitslosen Mitglieder dahin einzuwirken, daß sie die angebotenen Beschäftigungen, die ihren Fähigkeiten und Körperkräften entsprechen, annehmen. Im Weigerungsfalle stellt die

Organisation ihre Unterstützung ein und der städtische Zuschuß fällt fort.

Die Liberalen beschloßen, die Vorlage einem Ausschub zu überweisen.

Die Nichtunterstützung wird wie bisher behandelt. Der Stadtverordnetenvorsitzer-Stellvertreter Genosse Kollenbühr begrüßte die neu gewählten Stadtverordneten der liberalen Fraktion Vater und Schiller. — Die Kinobesitzer und deren Angestellten erwiderten um Aufhebung oder Beschränkung der Kinosteuer, da der Besuch der Kinos nachgelassen habe. Genosse Vater, betont, daß die Arbeiter mit dieser Steuer belastet würden und plädiert für Befreiung dieser Steuer. Genossen Vater und Schillerhardy unterstützen diese Ausführungen. Die Liberalen waren für Beibehaltung der Steuer, daher wurde die Petition gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Der Magistrat erwiderte, den Familien der zum Heeresdienst einberufenen städtischen Arbeiter den Teil des Lohnes zu gewähren, den der Einberufene vor dem gestrichelten Lohn bezogen hat. — Genosse Mohs erwidert, die Arbeiter mehr zu schätzen als bisher. An den Arbeiterlöhnen dürfe nicht gespart werden. Ein Antrag der Sozialdemokraten, für die städtischen Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit beizubehalten, wurde von den Liberalen abgelehnt. Ferner wurde beantragt, die Kürzung der Arbeitszeit wieder aufzuheben, die Löhne wieder heraufzusetzen und die Zuschläge für Sonn- und Feiertage und Überstunden wieder zu bewilligen, so daß der frühere Zustand wieder hergestellt wird. Die Versammlung stimmte dem zu.

Brotbestimmungen für Potsdam.

Der Potsdamer Magistrat veröffentlicht die Bekanntmachung, betreffend den Brot- und Mehlverkauf im Stadtkreise Potsdam. Das wesentlichste der Verordnung umfaßt folgende Bestimmungen: Es darf nur Einheitsbrot bereitet werden und zwar Schwarzbrot (Koggenbrot) im Verkaufsgewicht von 1 1/2 Kilogramm und Weißbrot im Verkaufsgewicht von 75 Gramm. Bei Schwarzbrot muß das Verkaufsgewicht 24 Stunden nach Fertigstellung, bei Weißbrot am Tage der Fertigstellung vorhanden sein. Inwieweit ist nach Gewicht zu verkaufen. Einzelnen Bäckern wird die Herstellung von Brot für Krankenkost in anderen Gewichtsmengen gestattet. Auch darf an Roggen- und Weizenmehl nicht mehr als 10 Prozent des Ausgangsgewichtes enthalten. Die Entnahme von Mehl und Brot wird auf 2 Kilogramm Brot oder 1000 Gramm Mehl wöchentlich für den Kopf der Bevölkerung beschränkt. Vom Montag, den 15. Februar, ab darf Brot oder Mehl nur gegen Vorlegung von Brotmarken und in den darauf als zulässig erklärten Mengen verabsolgt und gefordert werden. Die Brotmarken werden den Haushaltungsvorständen nach der Kopfzahl der zu ihrem Haushalt gehörigen Personen für 4 Wochen im Voraus unentgeltlich an noch zu bezeichnenden Stellen ausgehändigt. Mehlhändlern und Bäckern ist verboten, Brot und Mehl anders als gegen Auswählung einer auf die Gewichtsmenge lautenden Marke zu verabsolgt. Weiter wird bestimmt, daß Geschäfte, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in der Befolgung der auferlegten Pflichten unzuverlässig zeigen, von der Polizeidirektion geschlossen werden können.

Feuer in der Brauerei Friedrichshain.

In der Nacht zum Dienstag wurde die Berliner Feuerwehr nach der Brauerei Friedrichshain gerufen. Dort stand ein Abwaschraum für Küffer, Flaschen, Bierlästen mit Flammenabwalmaschinen in großer Ausdehnung in Flammen. Drei Löschzüge griffen mit Neben-Schlauchleitungen das Feuer wirksam an. Es gelang, den Brand auf die Abwaschräume und die Aufenthaltsräume für das dort tätige Personal zu beschränken und bald zu bewältigen. Der Betrieb der Brauerei wird in vollem Umfang aufrechterhalten.

Selbstmord eines Schriftstellers. In einem Anfälle geistiger Unmuthung hat der in der Granachstr. 55 wohnende 43jährige Schriftsteller Otto Hilder seinem Leben ein Ende gemacht. Er war schon seit längerer Zeit schwer nervenkrank. Am Sonntag wurde er von einem besonders heftigen Anfall heimgesucht, unter dessen Einfluß er sich in seinem Schlafzimmer erhängte.

Eisenbahnunfall. Ein aufragender Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Groß-Lichterfelde Ost zugetragen. Der Restaurateur August Frenzel aus der Schindlstraße in Lichterfelde hatte einen einfahrenden Zug verlassen wollen, als er vom Trittbrett abstürzte und zwischen dies und die Vordachswelle geriet. Der Unglückliche wurde eine Strecke mitgeschleift, ehe der Zug zum Halten gebracht werden konnte. Er hatte sich starke Brustverletzungen und andere schwere innere Verletzungen zugezogen und wurde in bedenklichem Zustande nach dem Stubenrauch-Krankenhaus gebracht.

Erhängt hat sich der 21 Jahre alte Arbeiter Walter Klau aus der Schwendenstr. 17a. Der junge Mann war schwer lungenkrank. — Ein Kerkenselben hat die 37 Jahre alte Sattlerin Marianne Wiskel aus der Oberberger Str. 47 in den Tod getrieben. In einem heftigen Anfälle ging sie heimlich nach dem Keller und erhängte sich dort mit einem Stück Leinwand.

Bermittelt wird der Wehrmann Lohar Gähler, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 8. S. Kampagne, seit dem 10. November, nach einem Gefecht bei Bischofs-Langemark. Nachrichten über den Verbleib desselben sind an Frau F. Gähler, Berlin SO., Rantewallstr. 70, zu richten.

Die Männerchöre „Sänger-Abt. 1“ und „Norden“ unter Leitung ihres Chorleiters H. Kurz veranstalteten am Sonntag, d. 7., im Lagarett in der Prinzenstraße (Turnhalle) ein Vokalkonzert. Das Programm bestand aus humoristischen und Volksliedern. Reichlich Beifall lohnte den 85 Sängern ihre Mühe. Mit dem Wunsch, recht bald wiederkommen, wurden die Sänger verabschiedet.

Verloren wurde am Freitag in der Straßenbahn zwischen Leipziger Straße und Tegely eine braune Altemappe, enthaltend Briefe und Kammerkarte. Der Finder wird ersucht, den Inhalt der Mappe an Frau Haase, Neptunstr. 31, zu senden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratskommission findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Hofstraße, Postfach, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonntag von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Beiratskommission vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Beiratskommission mit.

100. S. M. Es steht doch noch gar nicht fest, ob wirklich Lagergeld verlangt wird. Die Höhe des Lagergeldes können wir auch nicht berechnen. — **M. S. 25.** Eine Abfindung kann nur unter Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes stattfinden. Bei der Mutter eine Abfindung allein zu vereinbaren, ist rechtswidrig. Der Vater des unehelichen Kindes ist zur Zahlung von Unterhaltspflichten verpflichtet, auch wenn die Mutter die Lebensunterhaltung des Kindes übernimmt. — **H. C. 100.** Die Mutter beim Gericht die Lebensunterhaltung beantragen. — **B. S. 93. 1.** Die Frau erhält Kriegsgeldunterstützung. 2. Ja. — **C. S. 17.** Wegen Sachverhalt zurückgestellt. — **S. 41.** Die ersten zwei Forderungen haben keine Bedeutung; das dritte heißt: zurückgestellt wegen Verjährung eines Teilens. — **C. W. 100.** Erst wenn die 200 Markien gefristet haben, haben Sie Anspruch darauf. — **S. 3. A.** Als Erbteil halten Sie für die Rente. — **H. S. 31.** Eine Einkommensgrenze ist nicht festgelegt. — **Minna S. Finowstraße.** Sie waren zur Herausgabe der Geschenke nicht verpflichtet; eine Klage erscheint und aber aussichtslos für Sie. — **Nieder-Schönhausen.** Nein.